Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

34. Sitzung
25. April 2024

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 12.29 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Redaktion: Thorsten Peger, Tel. 2325-1455 bzw. quer 99407-1455

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0094
Auf dem Weg zur Netto-Null-Versiegelung bis 2030 UK
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0162
Entsieglung vorantreiben – Klimaanpassungsmaßnahmen stärken UK
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt sind Frau Astrid Klose, Leitung des Referats II C, Bodenschutz, Bodenatlas und Grundwassersanierung, Frau Sabine Hilbert, unter anderem Gruppenleitung ministerieller und technischer Grundsatz und Planungsangelegenheiten des Bodenschutzes, Frau Frauke Bathe, Leiterin des Referats II B, Wasserwirtschaft, Wasserrecht, Geologie, sowie Herr Dr. Jakob Sohrt, unter anderem Entwicklung von strategischen wasserwirtschaftlichen Konzepten zur Regenwasserbewirtschaftung, alle von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt anwesend. Zu Tagesordnungspunkt 3 begrüße ich als Anzuhörende ganz herzlich Frau Dr. Darla Nickel, Leiterin der Berliner Regenwasseragentur, und auch Frau Elisabeth Broermann von Architects for Future, die digital daran teilnehmen wird. – An dieser Stelle vielen Dank an die Technik für die kurzfristige Ermöglichung! Wir mussten heute Morgen diese Teilnahme beziehungsweise die Änderung aufgrund der Krankheiten spontan herbeiführen. Danke noch mal, dass das möglich ist! – Ich darf feststellen, dass auch Sie mit den Liveübertragungen und den Ton- und Bildaufnahmen der Sitzung einverstanden sind. – Ich sehe Kopfnicken. Dann wird so verfahren. Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll zu TOP 3 angefertigt werden soll. – Da sehe ich auch Kopfnicken. Dann wird ein Wortprotokoll erstellt. Möchte die antragstellende Fraktion den Besprechungsbedarf zu TOP 3 a begründen, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen? – Das ist der Fall. – Frau Tomiak, bitte!

June Tomiak (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich freue mich, dass wir heute über Entsiegelung sprechen. Das ist ein wichtiges Thema, das wir auch mehrfach in verschiedenen anderen Bereichen besprochen haben. Bei dem ganzen Thema der Stadtnatur ist es wichtig. Wir haben letztens über die Grundwasserstände gesprochen, also das Thema der Versiegelung greift in alle möglichen Dinge ein. Wir sind dankbar, dass wir heute so viele tolle Anzuhörende hier haben und sind gespannt auf die Diskussion und hoffen, dass der Bedarf auch fraktionsübergreifend gesehen wird und wir uns gemeinsam auf Dinge verständigen können und freuen uns auf die Besprechung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Tomiak! – Möchten die antragstellenden Fraktionen den Besprechungsbedarf zu TOP 3 b begründen? – Das ist der Fall. – Frau Vierecke und dann Herr Freymark. – Frau Vierecke, bitte!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Vielleicht noch hinzufügend zu dem, was Frau Tomiak gesagt hat: Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, auf die Überhitzung der Stadt zu gucken und zu schauen, wie sich diese Stadt wandelt und dass wir da eine Verantwortung haben, weil es natürlich genau die trifft, die sich vor Hitze vielleicht nicht so schützen können. Deswegen ist Entsiegelung natürlich ein Thema, das als Koalition uns beschäftigt, wir aber leider sehen, dass es nicht so schnell vorangeht, wie wir uns das alle wünschen. Ich glaube, der Teufel steckt im Detail, und deswegen freue ich mich sehr, dass Sie hier sind, liebe Anzuhörende, dass wir in die Praxis gehen können. Am Ende kämpfen wir gerade um Quadratmeter und müssen viel schneller vorankommen. Es ist auch klar, dass wir da ganz viele Zielkonflikte haben, und ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir uns hands-on die vornehmen, die vielleicht leichter zu holen sind, aber auch gleichzeitig eine Öffentlichkeit für dieses Thema schaffen. Das ist kein Fachthema, sondern das ist letztendlich etwas, was in die Breite der Öffentlichkeit gehört. Ich denke immer, bei der Umgestaltung dieser Stadt ist es auch ein positives Merkmal, das wir da schaffen, und es ist die schönere Stadt, die wir da gestalten. Insofern freue ich mich auf Ihren Input und vor allem auf die Umsetzung. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke, für die SPD-Fraktion! – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich sehr auf die Anhörung. 45 Prozent Berlins sind in etwa versiegelt, 55 Prozent sind es nicht. Das ist insofern eine gute Nachricht, und trotzdem sind einige versiegelte Flächen entweder unnötig versiegelt oder immer noch versiegelt, ohne dass wir das eigentlich wollen. Der Aufwand dafür, sie zu entsiegeln, ist enorm. Deswegen freue ich mich über die Expertise der Anzuhörenden und heute die Gelegenheit zu haben, darüber zu diskutieren, welche konkreten Möglichkeiten und Maßnahmen da sind. Wir haben in der letzten Zeit immer mal wieder auch deutlich gemacht, dass ein Entsiegelungskataster uns womöglich auf diesem Weg helfen würde. Auf der Webseite der Senatsverwaltung für Umwelt und Klimaschutz findet sich bereits eine Übersicht von Maßnahmen, die auch angegangen worden. Der Gendarmenmarkt wird als ein sehr spannendes Beispiel genannt, und ich glaube, dass es nur richtig ist, dass wir heute die Chance haben, vom Senat zu hören, wie der Status quo ist, wie wir weiter kommen, aber auch durch die Anzuhörenden die Möglichkeit haben, in den fachlichen Austausch zu kommen. Deswegen vielen Dank, dass Sie da sind!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Ist eine einleitende Stellungnahme des Senats zu TOP 3 a und b gewünscht? – Das ist der Fall. – Frau Behrendt, bitte!

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU): Vielen Dank! – Wir haben uns beim Thema Entsiegelung ganz ehrgeizige Ziele gesetzt, und das ist auch gut so, denn, das wurde bereits gesagt, wir haben sehr viele versiegelte Flächen in unserer Stadt, und angesichts der wachsenden Stadt ist es auch so, dass wir da in einem ganz heftigen Flächenkonflikt sind, wo man das Thema Entsiegelung natürlich immer bei allem, was wir machen, mitdenken muss.

Die Entwicklung eines Entsiegelungsprogramms wird deshalb im Rahmen der Berliner Bodenschutzkonzeption als eine ganz besonders wichtige Maßnahme zur Erreichung des Handlungsziels 2 „Neuversiegelung begrenzen und Entsiegelung stärken“ genannt. Die Berliner Bodenschutzkonzeption befindet sich jetzt in den letzten Zügen der Bearbeitung bei uns in der Senatskanzlei. Wir haben jetzt eine finale Fassung, und das ist aus meiner Sicht ein wirklich

wegweisendes Dokument und letztendlich ein strategisches Konstrukt, um in der Stadt beim Thema Entsiegelung wirklich voranzukommen. Die Berliner Bodenschutzkonzeption bildet eine ganz zentrale Zukunftsstrategie für den Berliner Bodenschutz und definiert vor allem dessen zukünftige Rolle auch im Rahmen der Stadtentwicklung Berlins. Die Entwicklung eines gesamtstädtischen Entsiegelungsprogramms für Berlin stellt einen ganz komplexen Prozess da, mit umfassenden quantitativen und qualitativen Analysen sowie mit nicht immer ganz einfachen überbehördlichen Abstimmungen und Formaten der Öffentlichkeitsbeteiligung.

Ein wichtiger Schritt für die Stärkung von Entsiegelung und Klimaanpassung ist die gemeinsame Arbeitsgruppe „Ver- und Entsiegelung“ der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klima- und Umweltschutz und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die auch anwesend ist. – Herzlich willkommen! – In die Arbeiten werden natürlich auch die Mitarbeitenden der Bezirke einbezogen. Schwerpunkt der Arbeitsgruppe ist die Erarbeitung von einheitlichen Definitionen des Entsiegelungsbegriff und seiner Teilform sowie die Entwicklung einer Strategie zur Bilanzierung der Ver- und Entsiegelung im Land Berlin. Um dem Regierungsziel der Netto-Null-Versiegelung näher zu kommen, muss eine gangbare Bilanzierungsmethode geschaffen werden, um den Fortschritt der Bemühungen des flächensparenden Bauens und der Entsiegelungsmaßnahmen messbar zu machen.

Außerdem werden in Zusammenarbeit der SenMVKU und der Bildungsverwaltung derzeit auch Möglichkeiten geprüft, wie wir vor allem im Bereich der Entsiegelung von Schulinnenhöfen gemeinsam vorankommen werden, denn Schulhöfe stellen aufgrund ihrer räumlichen Verteilung überall in der Stadt, ihrer Flächengröße und den möglichen Synergieeffekten zum Beispiel mit den Themen Umweltbildung und Umweltgerechtigkeit eine ganz besondere Möglichkeit dar, um die Entsiegelung voranzutreiben und auch die Klimaanpassung in der Stadt zu stärken. Ende 2024 sollen die Möglichkeiten und bestehenden Hemmnisse der Schulhofentsiegelung mit dem Berliner Fachpublikum im Rahmen eines Workshops erörtert werden.

Entsiegelungsflächen sind auch ein ganz wichtiger Baustein auf dem Weg zur Schwammstadt. Dazu werden wir sicherlich gleich von Frau Dr. Nickel auch noch etwas hören. Hier wurde die Studie „Grundstücksübergreifende Lösungen für die Regenwasserbewirtschaftung“ erstellt, und es gibt da ein sehr positives Feedback, aber dazu gleich mehr von Frau Dr. Nickel. Im laufenden Jahr wird es dazu mehrere Öffentlichkeitsveranstaltungen und auch Workshops mit den Praktikern geben.

Die Karten von Potenzialen zur Versickerung von Regenwasser sind sehr wichtig, um zu gucken, wie man bei der Entsiegelung praktisch vorangeht. Deswegen gibt es da auch eine sehr intensive Arbeit der Regenwasseragentur, auch dazu werden wir gleich etwas hören. Diese Karte wird sicherlich im Hinblick auf die Qualität und die Komplexität ein auch international sicherlich einzigartiges, strategisches Planungswerkzeug sein, und da bin ich gespannt, was wir gleich hören.

Ganz praktisch auch in der Zusammenarbeit mit den Bezirken ist das Thema Abkoppelungspotenziale. Die Studie zu Abkoppelungsszenarien im Einzugsgebiet des Landwehrkanals wird für die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf kurzfristig und für die Bezirke Mitte und Neukölln noch im Laufe des Jahres abgeschlossen. Wichtig zu nennen

ist auch das im Aufbau befindliche innovative digitale Projekt „Sensornetzwerk Bodenfeuchte und Wasserhaushalt“. Ziel des Projektes ist es, ein flächendeckendes sensor- und modellgesteuertes System zum aktuellen und prognostizierten Bodenwasserhaushalt zu erstellen, um in Zeiten des Klimawandels die Bewässerung vor allem der Stadtvegetation – wir sprachen gerade darüber – sicherzustellen und entsprechend steuern zu können. Sie sehen, wir sind da auf ganz vielen unterschiedlichen Wegen unterwegs, um da zu Fortschritten zu kommen, und das müssen wir auch. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Behrendt! – Dann machen wir weiter. Wir beginnen mit der Anhörung. Ich würde das Wort den Anzuhörenden in alphabetischer Reihenfolge erteilen und Sie auch darum bitten, dass Sie Ihre Ausführungen in fünf Minuten zu Ende bringen beziehungsweise zu beschränken, damit Sie im Anschluss die Möglichkeit hätten, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Wir fangen mit der Stellungnahme von Frau Broermann an. – Sie haben das Wort!

Elisabeth Broermann (Architects for Future Deutschland e. V.): Guten Morgen! Vielen Dank! – Ich schicke voraus, dass ich sehr spontan eingesprungen bin, aber freue mich, hier zu diesem superwichtigen Thema sprechen zu können. Ich komme von der Bewegung und vom Verein Architects for Future. Als Bauschaffende haben wir uns zusammengeschlossen und uns der 1,5-Grad-Grenze verschrieben und schauen, was der Bausektor dazu beitragen kann. Gerade beim Thema Versiegelung und Entsiegelung ist der Bausektor total entscheidend. Deswegen freue ich mich sehr, dass wir heute einen Betrag dazu leisten und die Diskussion hoffentlich anregen können.

Es sei vorausgeschickt, es ist auch schon viel Gutes gesagt worden, dass man sich vorstellen muss, dass in einer Hand voll Erde 8 Milliarden Kleinstlebenwesen wohnen. Das sind so viele wie Menschen auf unserem Planeten, und die sind nur in einer Hand voll Erde. Diese kleinen Asseln und Mikroorganismen haben keine Lobby, sind aber superwichtig. Sie sind die Grundlage unseres ganzen Ökosystems. Ich glaube, man muss sich immer vor Augen führen, dass dieser Verlust an Artenvielfalt, der vor allem durch die Versiegelung entsteht, neben dem Klimawandel die größte Bedrohung der menschlichen Existenz ist. Wir sprechen hier nicht einfach von einem bisschen mehr grüner Wiese oder einem Baum, sondern wir sprechen hier von einer Biodiversitätskrise, die es nicht zu unterschätzen gilt, die auch neben dem Klimawandel und der Klimakrise Beachtung bedarf.

Diese Versiegelung hat aber auch, das haben wir gerade schon gehört, ganz viel mit der Klimakrise direkt zu tun, also nicht nur über den Baustein Biodiversität, sondern auch direkt. Die Klimaresilienz ist entscheidend, gerade in einer Stadt wie Berlin. Wir wissen, dass es durch die Klimakrise in der nächsten Zeit schon vermehrt zu Extremwetterereignissen kommen wird und auch schon kommt. Es wird heftiger sein. Es wird mehr sein. Es wird mehr Starkregen geben, mehr Hitzewellen, mehr Trockenheit. Es ist jetzt schon – ich glaube, das RKI schätzt die Hitzetoten in ganz Deutschland allerdings auf um die 5 000 pro Jahr – auch bei uns wirklich entscheidend, da gegenzuarbeiten und zu schauen: Wie können wir als Stadt klimaresilienter werden?

Es ist im Moment so, dass in Deutschland jeden Tag 52 Hektar pro Tag als neue Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen werden, und etwa die Hälfte davon ist versiegelt. Wir haben auch gerade schon gehört, wie die Zahlen in Berlin dazu sind. Hier gilt es, gerade, was das

Bauen angeht, zu vermeiden, dass wir neue Flächen ausweisen, die dann neu versiegelt werden, und vermehrt auf den Umbau im Bestand setzen, also dass wir schauen: Welche Flächen haben wir schon, die versiegelt sind? – und da, wo Gebäude schon stehen, wo es Parkplätze gibt, mit dem Bausektor den Fokus darauf zu setzen und zu sagen: Wir stocken auf, wir überbauen und nutzen vor allem auch das, was an Leerstand in den Gebäuden schon vorhanden ist, um die Versiegelung durch den Bausektor auf null zu bekommen, was gerade in städtischen Ballungsräumen sicherlich ein mögliches Ziel sein sollte und sein kann.

Wir dürfen aber nicht nur darüber sprechen, wie sich die Versiegelung vermeiden lässt, sondern wir müssen eben auch darauf schauen, wo wir entsiegeln können. Das wurde gerade auch schon gesagt, richtig wichtig, denn gerade das Mikroklima ist das, was wir stärken müssen, was wir kühler machen müssen. Ich glaube, es gibt eine Studie, dass es in einem Bereich im Wirkungskreis dieses Baumes in einer Straße es im Sommer gefühlt um 10 Grad kühler ist, als wenn der Baum dort nicht stünde. Wir müssen vor allem den Fokus auf den parkenden Verkehr lenken, denn die Autos in der Stadt sind natürlich richtige Heizungen, die sich im Sommer noch mal mitaufheizen und das Klima in der Stadt unerträglich machen werden. Diese Heizungen, diese parkenden Autos stehen, ich glaube, 90 Prozent am Tag herum und parken. Es sind zum einen diese Blechkisten, die sich aufheizen und diese Hitze anziehen und dann auch wieder abgeben. Zum anderen ist diese Fläche, auf der sie stehen – es ist eigentlich das höchste Gut, das wir haben – zu entsiegeln und vom parkenden Verkehr zu befreien, ihn zum Beispiel in Parkhäusern, die es schon gibt, zu bündeln und vor allem auch den Individualverkehr möglichst zu reduzieren – gerade in Berlin innerhalb des S-Bahnrings ist das mit der guten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sicherlich möglich–, da auf dieses Potenzial der Parkplätze zu schauen, um sie zu entsiegeln und Straßengrün hinzupflanzen, da dann auch zusätzlich Flächen generieren, wo sich Bewohnende treffen können, also auch den sozialen Mehrwert dahinter sehen, was so eine Entsiegelungsoffensive mit sich bringen kann.

Gerade wurde schon gesagt, dass 55 Prozent von Berlin nicht versiegelt seien. Das ist auf dem Papier eine enorme Zahl. Da müssen wir aber natürlich auch drauf gucken: Welche Qualität haben denn diese nicht versiegelten Flächen? Denn wir wissen auch, dass Wiesen oder Parkanlagen, die nicht mit einer Biodiversität ausgestattet sind, die nicht als Schwammfläche fungieren können, durch die intensive Nutzung oft sehr verdichtet sind und da weder Biodiversität noch eine entsprechende Versickerung stattfinden kann. Ich glaube, da gilt es auch zu schauen, dass, wenn wir diese Grünflächen haben, sie in eine andere Qualität zu transformieren und zu schauen, dass da dann viel Artenvielfalt passieren kann und das besagte Regenwasser gut versickern oder auch aufgefangen werden kann, dass es da eine Weiternutzung geben kann.

Das führt uns dann zum nächsten Thema, die Weiternutzung des Regenwassers: Dieses Regenwasser ist wertvolles Gut, das nicht einfach – Versickerung ist gut – in die Kanalisation abgeführt werden sollte. Das ist sicherlich auch eine Chance, im Zuge dieser Entsiegelungsoffensive oder -kampagne das einzufangen und zu nutzen, was unbedingt wichtig war. – Ich kann es noch mal zusammenfassen: Die Entsiegelung in der Stadt trägt maßgeblich dazu bei, dass es für uns als Stadtbewohnende in Zukunft erträglich bleibt, sowohl im Winter als auch im Sommer, denn auch im Winter müssen wir gucken, dass die Massen an Regen, die anfallen, gut aufgefangen werden können. Da ist es auch wichtig, dass es in den Grünräumen viel Variabilität gibt, und möchten wir auf jeden Fall noch mal allen den Mut zusprechen, entspre-

chend voranzugehen und entsprechende Programme zur Entsiegelung und zur Stärkung der Biodiversität zu beschließen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Broermann! – Frau Dr. Nickel, Sie haben das Wort!

Dr. Darla Nickel (Berliner Regenwasseragentur): Vielen Dank auch von meiner Seite für die Einladung zu der heutigen Sitzung! – Ich freue mich auch über die Möglichkeit, ein paar Worte zu den Fortschritten der Umsetzung einer dezentralen Regenwasserbewirtschaftung in Berlin sagen zu können. Das ist unsere Brille als Regenwasseragentur. Wir blicken nicht primär auf Entsiegelung oder Versiegelung, das ist natürlich ein ganz wichtiger Faktor in unserer Arbeit, sondern wir schauen vor allen Dingen darauf, und das ist auch unser Mandat, wie man Regenwasser aus der Kanalisation raushalten, Mischwasserüberläufe reduzieren, Gewässerschutz betreiben und gleichzeitig die Ziele der Klimaanpassung der Stadt bedienen kann: Versorgung Stadtvegetation, Versorgung Kleinstgewässer und Verbesserung des Klimas in der Stadt und das mit Maßnahmen einer dezentralen Regenwasserbewirtschaftung, sprich: Gebäudebegrünung, Versickerungsanlagen und natürlich auch Speicherung, Nutzung von Regenwasser und Entsiegelung oder die Teilversiegelung von Flächen.

Ich würde gerne ein paar Worte dazu sagen, wo wir gerade in der Umsetzung stehen. Ich denke, das ist auch das, was ich hier beitragen kann. Wir haben in den letzten Jahren viel über Quartiersentwicklung gesprochen. Da sind wir wirklich sehr gut unterwegs, und das betrifft nicht nur die Quartiere auf der grünen Wiese, sondern auch Quartiere im Bestand, also Quartiersentwicklung im Bestand. Beispiele sind Molkenmarkt oder Siemens 2.0, wo auch im Bestand umgewandelt statt Umbau betrieben wird, und da gelingt es sehr gut, dezentrale Regenwasserbewirtschaftung umzusetzen, was aber nicht bedeutet, dass die dezentrale Regenwasserbewirtschaftung an diesen Orten eine weitere Versiegelung verhindert. Das ist ein bisschen abgekoppelt davon und hängt davon ab, wie man die dezentrale Regenwasserbewirtschaftung realisiert, und gerade in innerstädtischen Bereichen, wo viele Anforderungen aufeinandertreffen und man gleichzeitig natürlich auch bauen möchte, ist es nicht unbedingt so. Die Regenwasserbewirtschaftung führt zu mehr Grün in einem Quartier, aber nicht dazu, dass unbedingt eine Netto-Null-Versiegelung erreicht wird.

Es gibt sehr schöne Vorhaben im Bestand, ein paar wurden genannt, auch im öffentlichen Raum. Gendarmenmarkt ist schon umgesetzt, Marktplatz Adlershof ebenso. Marktplatz Spandau ist am kommen, Platz der Luftbrücke, Marx-Engels-Forum und Rathausforum sind alles Beispiele, wo auch mit Unterstützung beispielsweise von Grün Berlin Schwammstadtkonzepte umgesetzt werden, die sich sehen lassen können und die auch zeigen, dass man auch im dichten Bereich der Stadt nennenswert Regenwasser zurückhalten und zur Klimaanpassung beitragen kann. Das Gleiche kann man aber nicht für die Umsetzung im öffentlichen Straßenland sagen. Das ist wirklich ein sehr schwieriges Feld. Es wird zwar mit allen Bezirken daran zusammengearbeitet, aber es fehlen die Flächen, um eine nennenswerte Änderung der Entwässerungssituation hinzubekommen, sprich: dass man, statt Regenwasser über die Kanalisation abzuleiten, Regenwasser in größerem Umfang in Versickerungsmulden straßenbegleitend realisiert. Es gibt da zwar eine sehr intensive Zusammenarbeit mit sämtlichen Bezirken, mit der Wasserbehörde, mit der oberen Straßenbaubehörde, mit uns, mit den Berliner Wasserbetrieben zur Einführung von neuen und flächensparsamen Lösungen, ein Beispiel sind zum Beispiel ein versickerungsfähiges Pflaster oder Tiefbeete. Für diese Lösungen gibt es kaum

oder keine Erfahrungen im Land Berlin, und wir sind nicht schnell darin, Entscheidungen zu treffen, um neue Lösungen einzuführen. Das heißt, diese Abstimmungen sind nicht nur aufgrund der Flächenintensität der Lösungen mühsam, sondern auch, weil wir in der mutigen Entscheidungsfindung für neue Lösungen, die wir im öffentlichen Straßenland ausprobieren könnten, nicht gut sind. Da könnten wir besser werden.

Sämtliche Bezirke im innerstädtischen Bereich, also die, die im Bereich der Mischwasserkanalisation liegen, beschäftigen sich mit Strategien für die Entsiegelung und haben auch mehr als nur erste Entsiegelungsprojekte in der Mache. Das ist eine Entwicklung, die in den letzten vier, fünf Jahren intensiviert wurde. Ich nehme wahr, dass sie jetzt sehr stark ausgebremst wird, weil die unbürokratischen Finanzierungsmöglichkeiten für Entwicklungsmaßnahmen weggefallen sind. Es bleiben Fördermöglichkeiten wie zum Beispiel das Berliner Nachhaltigkeitsprogramm – BENE –, die aber wesentlich mehr Ressourcen erfordern in der Beantragung und dann auch nachher in der Abrechnung.

Grundstücksübergreifend Lösungen wurden schon angesprochen. Es gab da im vergangenen Jahr eine sehr hilfreiche Studie der Senatsumweltverwaltung. Grundstücksübergreifend heißt, dass Regenwasser von einer Geberfläche in eine Nehmerfläche geleitet wird, wo es dann sinnvoll bewirtschaftet werden kann. Oft sind diese Flächen öffentliche Grünanlagen, und die Geberfläche kann der öffentliche Straßenraum sein, also Straßenregenwasser, oder auch angrenzende private Grundstücke und das Wasser vom Dach. Die Studie zu grundstücksübergreifenden Lösungen hat viele rechtliche Fragen geklärt, was aber mühsam bleibt, ist die anschließende Organisation und die Benennung von Zuständigkeiten und natürlich auch die Finanzierung. Jede dieser grundstücksübergreifenden Lösungen – es gibt auch einige, die derzeit auch in Zusammenarbeit mit den Bezirken, allen voran im Moment Wilmersdorf-Charlottenburg, umgesetzt werden – löst aber große Unsicherheiten aus, weil man wirklich Lösung für Lösung eine neue Vereinbarung treffen muss und das zu einem Ressourcenverschleiß führt.

Das Thema Regenwassermanagement wird heute fast selbstverständlich in Stadtteilkonzepte im Bestand als Maßnahme der Klimawandelanpassung integriert, also in Klimawandelanpassungskonzepte, in Stadtteilentwicklungskonzepte für Städtebaufördermittel. Das ist eine positive Entwicklung.

Zuletzt ein Blick auf die Grundstücksebene; das habe ich bisher nicht angesprochen: Das sehen wir schon alleine über unsere Erstberatung, die wir als Regenwasseragentur anbieten, dass die Anzahl der Anfragen jährlich zunimmt. Wir liegen im Moment bei 350 bis 400 Anfragen im Jahr von Grundstückseigentümer, die gerne wissen möchten, wie das Regenwasser vor Ort bewirtschaftet werden kann, wie Entsiegelung auf dem Grundstück passieren kann. Es gibt da auch sehr schöne Anfragen, beispielsweise aus dem Bezirksamt Lichtenberg. 60 Schulstandorte sollen umgestaltet, auch entsiegelt und das Regenwasser vor Ort bewirtschaftet werden, so als größeren Ansatz. Wir helfen dann bei der Bewertung der Versickerungsmöglichkeiten, der Entsiegelungsmöglichkeiten und der Möglichkeiten zur Bewirtschaftung des Regenwassers, auch mithilfe des Kartenmaterials, das wir zur Versickerungsfähigkeit entwickelt haben, die berlinweit Aussagen ermöglicht.

Zusammenfassend: Es sind sehr viele engagierte, sensibilisierte Akteure in allen Verwaltungen, auch bei den Berliner Wasserbetrieben, die Investoren, die Wohnungsunternehmen; sie alle haben das Thema auf dem Schirm. Es gibt aber noch sehr viel Sand im Getriebe. Es gibt viele ungeklärte Zuständigkeiten, an denen wir übergeordnet arbeiten können und müssen. Weil wir auch das Thema Klimawandelanpassung heute im Fokus haben: Wenn wir Regenwasser vor Ort bewirtschaften wollen, sind die Interessen auf der anderen Seite, beispielsweise auf der bezirklichen Seite, das technische Speichern von Regenwasser oder auch die Unterstützung von Kleinstgewässern mit Regenwasser, um die negativen Auswirkungen der Trockenheit entgegen zu wirken. Genau für diese Maßnahmen, die die Interessen der Bezirke darstellen, fehlt es aber oft an den Playern, die unterstützen können, die beispielsweise technische Speicher betreiben können, und es fehlen dafür auch die Finanzierungsmöglichkeiten. Das Interesse ist da, aber manchmal können die Interessen nicht bedient werden. Da könnte es Fortschritte geben.

Die Zusammenarbeit läuft; es gibt eine gute Kooperation, aber wir kommen langsam voran. Es läuft nicht wie geschnitten Brot, und wir werden die Ziele wie 20 Prozent Abkopplung im

Bereich des Landwehrkanals im öffentlichen Raum bis 2035 in dieser Geschwindigkeit sicher nicht erreichen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Nickel! – Wir kommen jetzt zur Aussprache. Bis jetzt habe ich keine Wortmeldungen. – Jetzt liegt mir eine Redeliste vor. Ich lese die Namen darauf vor: zuerst Herr Koçak, dann Frau Tomiak, dann Frau Vierecke, dann Herr Bertram, Herr Freymark und Frau Gennburg. – Herr Koçak, bitte!

Ferat Koçak (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben es gehört: Entsiegelung ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung. In Zeiten der Klimakrise, immer mehr Extremwetterereignisse, Starkregen, Dürreperioden und Hitzetoten auch hier in Berlin, ist das nicht nur ein zentrales Thema, sondern auch sehr dringlich, vor allem weil die Koalition aktuell noch gar kein Hitzekonzept hat. Ich verstehe, dass für Wohnraum versiegelt wird, das ist in Berlin auch ein zentrales Thema, aber aktuell wird auch versiegelt, um noch mehr Straßen für mehr Individualverkehr zu bauen. Das ist doppelt problematisch, weil mehr Straßen mehr CO_2 bedeutet, Stichwort TVO, Stichwort A 100. Ich vermute, dass wir das BEK hier nicht besprechen, weil die SPD eigentlich einen Parteitagsbeschluss zur A 100 hat und die CDU wahrscheinlich weiterbauen will. Es wäre schön, wenn wir das mit dem BEK bald einmal klären könnten. Das heißt, dass hier mehr entsiegelt werden müsste, weil die Folgen für das Klima höher sind, wenn wir mehr Straßen bauen. Eigentlich müssten wir dahin kommen, mehr zu entsiegeln als wir versiegeln und nicht nur so am Punkt Netto-Null-Versiegelung bleiben, auch wenn das erst mal ein ambitioniertes Ziel ist.

Besonders ist hier für uns wichtig, dass die Natur und Umwelt geschützt werden. Ganz konkret haben wir hier auch Probleme in der Stadt, und zwar Emmaus-Wald in Neukölln und die Abholzung von Bäumen für Luxuswohnungen, was hier gerade auch von der Koalition vorangetrieben wird, oder auch das Tempelhofer Feld, eine Kaltluftschneise für eine immer heißer werdende Stadt soll für Wohnraum versiegelt werden. Das ergibt für uns auch aus klima- und umweltpolitischer Sicht keinen Sinn. Wenn der Senat oder die Koalition der Meinung ist, dass es aus klima- und umweltpolitischer Perspektive Sinn ergibt, Emmaus-Wald und Tempelhofer Feld zu bebauen, dann erklären Sie es uns bitte heute hier. Die Vertreterin der Architects for Future hat es gesagt: Wir brauchen Umbau im Bestand statt Versiegelung und Zerstörung von Natur und Artenvielfalt. Bei dem Punkt Artenvielfalt würde mich interessieren, wie Sie gewährleisten, dass die Artenvielfalt bei Versiegelungen berücksichtigt und geschützt werden kann.

Eine weitere Frage, die mich interessiert: Wir hatten unter R2G das Ziel der Netto-Null-Versiegelung bis 2030. In der aktuellen Koalitionsvereinbarung steht keine Zeit drin. Warum nicht? Meine Frage wäre, bis wann Sie die Netto-Null-Versiegelung umsetzen wollen? Unserer Meinung nach müssten wir eigentlich so schnell wie möglich zur Netto-Null-Versiegelung kommen und darüber hinaus, damit wir wirklich die richtigen Maßnahmen treffen, um der Klimakrise entgegenzuwirken und auch den Extremwetterereignissen, Starkregen, Dürreperioden und den Hitzetoten vorwegzugreifen und da die richtigen Maßnahmen zu treffen. Das ist, wie gesagt, nur eine Maßnahme von vielen, aber ich denke schon eine der entscheidenden Maßnahmen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Koçak! – Frau Tomiak, bitte!

June Tomiak (GRÜNE): Vielen Dank! – Danke auch für die Ausführungen! Ich habe ein paar Fragen mitgebracht, einmal zu dem, was Frau Dr. Nickel gesagt hat. Sie haben gesagt, dass es eigentlich eine große Bereitschaft bei vielen … [unverständlich – Trägern?] gibt, aber es gibt Sand im Getriebe. Daher die Frage an den Senat, was der Senat unternimmt, um genau diesen Sand im Getriebe zu entfernen und für Verzahnung und Sicherheit bei allen Beteiligten zu sorgen. Das würde mich interessieren, was da ganz konkret getan wird. Dann noch die Frage, wie derzeit die Erfassung von Entsiegelungspotenzialen funktioniert und wer das genau macht und beteiligt ist und wie das abläuft – vielleicht können Sie uns da einen aktuellen Stand geben und auch wie viel Potenzialfläche da bisher erfasst ist. Das würde uns interessieren.

Außerdem würden wir gerne wissen, ob Erfahrungen aus anderen deutschen und europäischen Städten evaluiert werden und gegebenenfalls auch geschaut wird, wie man das auf Berlin übertragen könnte und was die Erkenntnisse dazu sind. Dann wäre noch die Frage, ob es Schätzungen gibt, wie viel Fläche entsiegelt werden müsste, um ein Äquivalent zu beispielsweise einem Kubikmeter Starkregenstauraum in der Kanalisation zu bekommen, also wie viel man bräuchte, um das ausgleichen zu können. Ich weiß nicht, ob es dazu Schätzungen gibt oder Sie schon Berechnungen gemacht haben. Das würde uns auf jeden Fall sehr interessieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Tomiak! – Frau Vierecke, bitte!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank für die Ausführungen! – Ich habe auch einige Nachfragen, und zwar erst einmal an Dr. Nickel: Wir haben die Regenwasseragentur auch im Haushalt gestärkt, weil wir Ihre Arbeit wirklich wichtig finden. Dass ein Player darauf schaut, wie man mit Regenwasser umgeht, finde ich extrem wichtig. Damals war ein bisschen die Idee, dass man noch stärker mit den Bezirken zusammenarbeitet und dort auch einen Ansprechpartner hat. Eine Handvoll Leute können mit zwölf Bezirken wahrscheinlich nicht so gut umgehen. Da würde mich interessieren, ob Sie schon mehr Leute haben einstellen können und wie die Zusammenarbeit mit den Bezirken läuft. Kommt die finanzielle Stärkung an und wo genau?

In Richtung Senat würde ich ein paar Ausführungen zu den verschiedenen Senatsverwaltungen, die da zuständig sind, haben – SenStadt, SenMVKU. Ich fände es ganz gut, wenn wir da eine Transparenz für die Öffentlichkeit darstellen, wer was macht und wer an welchem Punkt dazukommt, wenn es um die Entsiegelung geht, um da gut voranzukommen.

Bei dem Thema Förderung – Dr. Nickel hat gerade von der BENE-Förderung geredet, die es gibt, die auch ein bisschen schwieriger ist, also nicht ganz so schnell auf dem Weg ist – die ganz konkrete Frage, welche anderen Möglichkeiten der Förderung es für Entsiegelung gibt. Dann vielleicht noch eine Frage zu der Kreativität: Man liest, wenn man über Entsiegelung liest, meist über die Fälle, wo es nicht so gut funktioniert, wo es ein Hin und Her gibt, vielleicht auch einen Streit um den Parkplatz oder so; wir haben es auch irgendwie mit einer Innenstadt zu tun, wo alle Flächen irgendwie vergeben sind. Welche Ideen gibt es für eine unkomplizierte Entsiegelung? Wo gibt es die Potenziale, dass wir das mal ein bisschen plastisch machen? Eine Sache, die ich aus Gesprächen mitgenommen habe: Wenn man die Baumscheiben auf dem Gehweg verlängern würde, dann nähme man nicht viel weg, aber man gestaltet den Raum neu und hat gleich Versiegelungsfläche entsiegelt, und Regenwasser kann leichter

versickern. Ist das eine Idee oder welche anderen gibt es, um ein bisschen die low hanging Fruits bei dem Thema zu ernten? Inwiefern ist das bei Ihnen Thema, vielleicht vor allem in Richtung Regenwasseragentur? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke! – Herr Bertram, bitte!

Alexander Bertram (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von meiner Seite an die Anzuhörenden! Das war sehr interessant! Aus unserer Sicht ist es erst einmal prinzipiell begrüßenswert, wenn wir uns ganz genau anschauen, wo überall Entsiegelungspotenziale sind und auch versuchen, systematisch weitere Versiegelung in unserer Stadt zu verhindern, wobei man ehrlicherweise sagen muss, dass nicht jede Entsiegelung automatisch auch immer im Sinne der Menschen vor Ort ist. Ein besonders negatives Beispiel fällt mir gerade aus meinem Bezirk Treptow-Köpenick ein. Dort wurde ein sehr guter Hochbordradweg für viel Geld zulasten einer Autospur auf die Straße verlegt, um eine Entsiegelungsmaßnahme vorzunehmen. Das trägt natürlich nicht wirklich zur Akzeptanz vor Ort für solche Entsiegelungsmaßnahmen bei. Da muss man aus unserer Sicht zumindest auch immer die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen im Blick behalten.

Ich habe mir im Vorfeld der Sitzung die Entsiegelungskarte mit den Potenzialen noch einmal angeschaut. Da gibt es doch deutlich unkritischere Potenziale, die es im Grunde noch zu heben gilt. Bei einem konkreten Potenzial hat sich für mich eine Frage ergeben, und das ist die Wagenburg in der Wuhlheide, die wir dort sehen. Da reden wir über 100 betonierte Flächen und mehrere Wirtschaftsgebäude. Da würde mich besonders vom Senat der aktuelle Stand interessieren und wann dort die politische Entscheidung getroffen wird, die Entsiegelungsmaßnahme umzusetzen. Das ist zumindest als Problem im entsprechenden Merkblatt markiert. Das finde ich ganz spannend.

Sie haben es selbst gesagt, das Entsiegelungspotenzial auf Schulhöfen, die verständlicherweise noch nicht auf der Entsiegelungskarte auftauchen. Da sehen wir auch enormes Potenzial, gerade mit der Kombination aus Schulhöfen, Schulgärten und Flächenentsiegelung. Da könnte man auch aus unserer Sicht wunderbar die beiden großen Themenkomplexe Umweltbildung und Schwammstadt miteinander verbinden. Das finde ich auch sehr begrüßenswert. Ich habe eine konkrete Frage an Frau Dr. Nickel. Sie haben die Kleingewässer angesprochen. Das hat mich persönlich sehr gefreut, weil das ein Herzensanliegen von mir ist. Da würde mich etwas detaillierter interessieren, wo aus Ihrer Sicht in dem Bereich zurzeit der größte Handlungsbedarf besteht.

Sie hatten auch von verschiedenen Hürden bei der Entsiegelung gesprochen. Wir haben die Thematik, wenn Regenwasser und Oberflächenwasser von privatem Grund auf öffentliche Flächen abgeleitet wird, zwecks Verrieselung, dass sich da oft die Frage nach der Haftung stellt. Da würde mich interessieren, wer für eventuelle Verunreinigungen und Überflutungsrisiken in dem Bereich haftet und ob diese Haftungsrisiken gerade bei Problemen bei der Vernetzung öffentlicher und privater Flächen zwecks Realisierung des Schwammstadtkonzepts zu Problemen führen.

Dann noch eine Frage an den Senat, und zwar: Der steigende Grundwasserspiegel kann auch zu Problemen führen, wir sehen das im Blumenviertel, wir sehen das in Johannisthal, wo es immer wieder zu Problemen kommt, wo sich die Menschen wirklich sorgen, dass die Keller

oder Grundstücke volllaufen. Da würde mich interessieren, ob da bereits an einem Konzept gearbeitet wird, oder ob da ein Konzept existiert, wie man langfristig auch bei der Umsetzung des Schwammstadtkonzepts solche Themen angehen möchte und wie den Menschen vor Ort langfristig geholfen werden kann. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Bertram! – Auf der Redeliste sind Herr Freymark, Frau Gennburg, Frau Billig und dann ich. – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Danke auch an die Anzuhörenden! Frau Broermann man habe ich so verstanden, dass Sie sich deutlich mehr Hebungen der Potenziale für Entsiegelung wünscht, insbesondere bei Parkplätzen. Zugegeben, da sind wir als CDU-Fraktion ein bisschen skeptischer, weil wir ganz andere Potenziale und Notwendigkeiten sehen. Deswegen würde mich interessieren, Frau Broermann, wie Sie mit Ihrer Expertise Dach- und Fassadenbegründungen bewerten. Haben die aus Ihrer Sicht einen ähnlichen Wert, wenn man sie gut macht, wie eine entsiegelte Pkw-Stellfläche?

Das zweite Thema ist: Wir hatten vor einigen Jahren mit diesem Ausschuss eine Reise nach Mailand, wo die aufgrund des Platzmangels zu der Erkenntnis gekommen sind, Bäume auf die Balkone zu pflanzen, als unabhängige Flächen von den Eigentümerstrukturen. Das sah besonders spannend aus, die Frage ist, ob so etwas denkbar ist und wie sie da den ökologischen Wert bewerten.

Vielleicht eine letzte Frage an Sie direkt: Die Qualifizierung von Flächen in Berlin wird gerade vorangetrieben, zum Beispiel mit diesem Hofbegrünungsprogramm der Senatsverwaltung. Ich habe gerade von Frau Dr. Nickel gehört, dass sie sagt, dass 60 Schulflächen in Lichtenberg entsiegelt werden könnten. Das finde ich natürlich grandios, aber wenn ich selbst mit offenen Augen durch die Stadt gehe, stelle ich fest, dass wir bei den Grünflächenämtern zum Beispiel, ich sage einmal, sehr überschaubare Kapazitäten einsetzen, um eine ökologische Aufwertung vorzunehmen. Wir haben Schichtenwasserthematiken in den Parks, aber auch in den einzelnen Regionen, beim Kollegen Simon, auch bei mir, wo man sagen könnte, ob man die Flächen nicht viel besser, viel stärker ökologisch nutzen könnte, viel besser auch das Wasser versickern lassen könnte et cetera. Haben Sie dazu eine Meinung und Konzepte und können uns da vielleicht ein bisschen helfen?

Dann hat Frau Dr. Nickel davon gesprochen, dass – ich zitiere einmal –: wir nicht mutig genug sind. – Das können wir eigentlich so nicht auf uns sitzen lassen, und zugleich weiß ich aber, dass Sie insbesondere mit Ihrem Wettbewerbsverfahren für Entsiegelungen und Dachbegründungen und Ähnlichem extrem spannende Wettbewerbe und auch tolle Preisträger hatten. Meinen Sie mit „nicht mutig“, dass diese neuen Ideen, diese neuen Konzepte vielleicht nicht zur Geltung kommen? Ich schätze Frau Behrendt doch als recht mutig ein, jetzt haben Sie sie bestimmt nicht persönlich gemeint, aber was bedeutet für Sie „mutig“, was müssten wir tun, was wünschen Sie sich ganz konkret, dass Sie vielleicht im nächsten Jahr hier sitzen und sagen: Boah, die waren mutig! –?

Ein weiterer Gedanke zu den Schulstandorten, ich habe es gerade kurz erwähnt: Ich finde auch, wenn man sich die Flächen anschaut, dass die fast alle betoniert sind. Das kann eigentlich nicht das richtige Konzept der Zukunft sein. Wer trägt denn die Kosten bei diesen 60 Schulstandorten in Lichtenberg? Würde das der Bezirk mittragen, würde das das Land

Berlin mitfördern? Es gibt auch weitere Fördermittel aus der Europäischen Union. Wie aufwendig ist das eigentlich? Können Sie uns vielleicht an einem Schulhof mal konkret sagen, was gemacht werden müsste, und was das am Ende auch kostet?

Dann haben Sie kurz angesprochen, dass Sie ein bisschen das Thema Fachpersonalmangel haben, habe ich jetzt einfach mal rausgehört, dass vielleicht manchmal die entsprechenden Kräfte fehlen. Was könnte denn der Senat tun, um Sie dabei zu unterstützen, dieses Personal zu gewinnen?

Abschließend, weil es nicht ganz themengenau ist, aber vielleicht können Sie dazu auch etwas sagen, Frau Dr. Nickel: Das Thema Schichtenwasser macht uns in einigen Regionen wirklich Kummer. Gibt es schon Ideen und Konzepte als – ich sage mal – alte Drainagen, Gräben und so zu erneuern? Vielleicht haben Sie noch ein paar andere Ideen, die uns helfen würden, dem zu begegnen. Wir freuen uns über das Wasseraufkommen, aber man merkt, dass die Steuerung dieses Wassers schon eine große Herausforderung für uns in einigen Regionen darstellt. Grundwasser wurde genannt, aber wir wollen dabei das Schichtenwasser nicht vergessen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Frau Gennburg, bitte!

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank auch von mir an die Anzuhörenden! Wir haben heute auch den internationalen Tag des Baumes; das wurde heute noch gar nicht gesagt. Da können wir uns auf jeden Fall auch freuen. Das ist ein guter Anlass, darüber zu sprechen, wie es den Bäumen eigentlich geht und was die Entsiegelung beziehungsweise die hochversiegelte Stadt eigentlich auch mit dem Zustand der Bäume in der Stadt zu tun hat. Da müssen wir uns ehrlich machen und sagen, dass die große Versiegelung dazu beiträgt, dass es den Bäumen sehr schlecht geht und, wie Sie heute schon sehr eindrücklich gesagt haben, dass der Zustand des Bodens so schlecht ist, dass das Wasser gar nicht aufgenommen werden kann. Das war auch sehr eindringlich dargestellt. Dass großer Handlungsbedarf beim Umlenken der Politik besteht, dass die Versiegelung in dem Ausmaß gestoppt wird, dass wir die Stadt anders entwickeln und bauen und wir gleichzeitig die vorhandene Versiegelung lösen und auch die Stadt umstrukturieren, ist sehr deutlich geworden, zeigt aber auch, dass wir vor einem ganzen Haufen Arbeit stehen, wenn ich diese Hammer richtig sehe und – dass sei mir als Linke auch gestattet – dass wir es wieder mit Eigentumsinteressen zu tun haben. Das ist auch gar nicht verwunderlich.

Wir können uns erst einmal die ganzen landeseigenen Liegenschaften vorknöpfen und zum Beispiel auch – das habe ich schon öfter angemahnt – die Flächen zum Beispiel bei Polizeirevieren bearbeiten, darüber haben wir schon einmal gesprochen; da sind zum Teil riesige Hinterhöfe. Da könnte man auch einmal überlegen, wie man dort einen Entsiegelungsbeitrag leistet, andere landeseigene Flächen, wo das sicherlich auch angesagt wäre, aber man kommt eben nicht umhin, an die privaten Flächen ranzugehen. Da wird es ganz spannend. Die Regenwasseragentur hat darauf schon mehrfach hingewiesen. Man muss schauen, wie man grundstücksübergreifend rankommt.

Ich habe im Internet recherchiert, dass es letztes Jahr im Reichenberger Kiez eine Aktion von der Initiative „Reichenberger Kiez für alle“ gab, die eine sogenannte Entsiegeltruppe auf den Weg geschickt haben, wo 100 Menschen im September 2023 200 Quadratmeter kurzerhand

selbst entsiegeln wollten. Ich finde das deswegen ganz interessant, weil es uns einerseits aufzeigt, wie politisiert die Stadt in diesem Punkt schon ist, andererseits die Frage stellt, ob das jetzt die Lösung sein soll, dass die Leute selbst losziehen und die Straßen entsiegeln. Ich würde mal sagen – ich bin wirklich eine Vertreterin von unorthodoxen Lösungen, glaube ich –, dass das auch nicht die Lösung sein kann. Es zeigt aber, dass es wirklich einen Handlungsdruck gibt.

Ich will einmal darauf verweisen, dass es in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg auf Antrag der Linken auch einen Beschluss gab, dass Baumscheiben auch zivilgesellschaftlich zu vergrößern sind, dass es die Möglichkeit geben muss, dass Parkplätze entsiegelt werden und Fußwege in Teilen zu entsiegeln und dass das Bezirksamt dafür Fördermittel beim Senat einwerben solle. Ich würde gerne wissen, Frau Behrendt, ob Ihnen das bekannt ist, dass es diesen Beschluss gibt. Gab es schon seitens des Bezirksamts Versuche, mit Ihnen zu verhandeln? Haben Sie vielleicht auch erfolgreich verhandelt? Wie sieht es mit diesen konkreten Anliegen des Bezirks Friedrichhain-Kreuzberg aus und welche Spielräume sehen Sie auch in den Vorschriften, die laut Ausführungsvorschriften zu § 7 BerlStrG gerade dem entgegenstehen? Welche Spielräume sehen Sie, dass dieses zivilgesellschaftliche Engagement gestärkt werden kann?

Ich finde es von den Anzuhörenden wichtig zu wissen, welche Partner Sie ganz konkret sehen. Ich habe schon über die Eigentumsfrage gesprochen. Wenn wir darüber reden, wem die Stadt gehört, so ganz materiell, dann ist die Frage, mit wem wir eigentlich darüber sprechen können, dass wir über diese Flächen anders verfügen und wir in der Entsiegelung einen Beitrag leisten können. Wie sieht es mit dem Bodenfonds des Landes Berlin aus? Ist das aus Ihrer Sicht ein Partner, wo man sagt: Hier können wir also auch über Bodenankäufe oder auch den vorhanden Boden, der im Bodenfonds liegt, schon einmal ganz aktiv einen Beitrag leisten –? Meine Frage wäre natürlich auch noch nach anderen zivilgesellschaftlichen Stiftungen, Initiativen, die Ihnen da einfallen. – Letzte Frage, auch an beide Anzuhörende: Wie sieht es mit den Vorbildern in anderen Städten aus? Was können wir lernen, und wo können wir genauer hinschauen, wo läuft es da besser? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Gennburg! – Frau Billig, bitte!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich, dass wir heute an mehreren Stellen auch den Bausektor im Auge haben. Das Stichwort Umweltgerechtigkeit wurde von der Staatssekretärin schon genannt. Das führt dann, wenn man sich darum kümmert, zu mehr Lebensqualität, und das hat auch viel mit Stadtentwicklung zu tun. Das spielt für Umwelt- und Klimaschutz eine große Rolle. Deswegen finde ich den Zusammenhang sehr schön und würde anregen, zukünftig vielleicht auch den zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen einzuladen. Ich finde nämlich, dass das bei dem Ausschuss für Stadtentwicklung eigentlich immer ein bisschen zu kurz kommt. Trotzdem, glaube ich, hat sich inzwischen überall herumgesprochen, dass die Schwammstadt für die Klimaanpassung ein ganz zentraler Baustein ist, wirklich wichtig.

Frau Nickel! Sie haben ganz anschaulich beschrieben, wie schwierig Entsiegelung und die Versickerung in der Innenstadt sind, wie sehr Sie da auch an den Details arbeiten, dass das oft sehr kleinräumig ist und wie auch die Bezirke daran arbeiten, wie Sie mit denen zusammenarbeiten. Sie haben auch ein bisschen eine berlinweite Arbeit angedeutet. Da interessiert mich,

inwiefern Sie einerseits mit der Senatsverwaltung, andererseits auch mit den Bezirken bei Bebauungsplänen zusammenarbeiten. Das kann durchaus eine Rolle spielen; das Stichwort Schichtenwasser ist schon einmal gefallen. Das ist in vielen Bezirken wirklich nicht unproblematisch. Ich denke da an eine geplante Bebauung in Pankow an der Moorwiese und der Moorlinse, die da sehr nah heranrückt. Das ist zwar ein sehr wichtiges Bauprojekt, aber in der momentanen Planung liegt es eigentlich auf der Hand, dass das Regenwasser oder überhaupt die Aspekte Wasserversickerung, Moor, Umwelt, Natur ein bisschen zu wenig in den Mittelpunkt rücken, weil das schon ein sensibler Bereich ist. Es liegt eigentlich auf der Hand, dass das, was in den Außenbezirken nicht genügend versickert, am Ende doch hier im Urstromtal landet. Das bedeutet, wenn wir in den Außenbezirken nicht sensibel genug damit umgehen und wirklich auch mit Fachwissen, dass wir nachher in der Innenstadt, wo die Probleme eh schon groß genug sind, die Probleme eher noch vergrößern. Inwiefern haben Sie da eine Zusammenarbeit bei solchen Projekten? Inwiefern wird da auch auf Sie gehört? Ich habe bisher durchaus festgestellt, dass es am Ende für fast alles irgendwie eine Lösung gibt, oder zumindest kann man an ganz vielen Dingen arbeiten.

Frau Broermann! Ich danke Ihnen sehr für diesen Input! Ich unterhalte mich oft mit Architektinnen und Architekten darüber, und die bieten uns oft Lösungen an, die eigentlich fast schon auf der Hand liegen und immer noch relativ simpel sind, weil sie da in der Architektur drinstecken. Um Netto-Null-Versiegelung als ersten Schritt und eine Entsiegelung auch zu erreichen, wird hier in Berlin immer auch genau das Wohnraumargument angeführt. Das stimmt natürlich, dass wir den Wohnraum brauchen, aber Sie als Architektin: Wie können wir das vereinbaren, außer mit Parkplätze zu entsiegeln, beispielsweise mit Aufstockungen, mit Nutzungen von Gebäuden, die nicht mehr genutzt werden, zum Beispiel Bürogebäude, die teilweise auch immer wieder mal leer stehen, inwiefern können Sie die umnutzen, um einfach möglichst wenig neu versiegeln zu müssen? Ich weiß, wie schwierig das ist, aber das Ziel besteht. Ich habe immer wieder von den Architektinnen und Architekten gehört, dass die da Ideen haben, man muss sie nur fragen. Die haben oft gute Ideen. Es würde mich freuen, wenn Sie da, um das plastisch zu machen, uns ein paar davon erzählen könnten. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Billig! – Herr Koçak, bitte!

Ferat Koçak (LINKE): Kurze Ergänzung, weil ich die Bezirke vergessen habe! Der Großteil der Flächen, die zu entsiegeln sind, liegen ja in den Bezirken. Die sind daher auch entscheidend. Einige Beispiele wurden genannt, aber mich würde interessieren: Aus welchen Bezirken liegen Entsiegelungspläne vor? Um was für eine Fläche handelt es sich, wie groß ist die? –, je nachdem auf Bezirke aufgeteilt. Welches Potenzial ist insgesamt auf öffentlichem Gelände vorhanden und welche Förderung auf Privatgelände ist erforderlich?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Koçak! – Jetzt bin ich dran und würde meine Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum naturschutzpolitischen Sprecher der Grünen wechseln.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Ich spreche jetzt als naturschutzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich habe den Eindruck, als hätte ich gerade ein Déjà-vu, weil wir über dieses Thema einige Mal diskutiert haben und immer wieder ähnliche Argumente ins Feld geführt werden. Ich denke, dass wir kein Problem damit haben, die Probleme zu beschreiben, wenn es um die Entsiegelung geht. Ich meine, es müssen Lösungen her. Die sind uns auch bekannt. Sie müssen umgesetzt werden. Darum soll es gehen. Wenn ich zurückblicke stelle ich fest, dass wir 2016 in den Koalitionsvertrag reinverhandelt haben – wenn ich wir sage, meine ich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –, dass Berlin bis 2030 die Netto-Null-Versiegelung erreichen muss. Die haben wir nicht erreicht und sind leider auch nicht auf dem Weg, insbesondere nach dem Regierungswechsel. Ich muss dazu sagen, dass alle hier in diesem Ausschuss fraktionsübergreifend sich für eine Entsiegelung in der Stadt einsetzen, und ich wünschte mir, dass die Stadtentwicklungsverwaltung beziehungsweise der Ausschuss sich auch mehr mit dem Thema befassen und sich mehr einbringen würden. Da stelle ich fest, auch auf eine meiner Anfragen, ob und inwieweit die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sich dafür einbringen, das war in der Legislatur, in der wir mit den Linken mitregiert haben, wo die Linke für die Stadtentwicklung zuständig war, habe ich nicht unbedingt befriedigende Antworten bekommen. Frau Gennburg, wenn ich von Ihnen höre, dass man jetzt Polizeiwachen beziehungsweise Abschnitte et cetera entsiegeln soll, finde ich, da gibt es so viel Potenzial. Wenn wir bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften anfangen würden, dann hätten wir viel gewonnen. Aber, wie gesagt, dass man auch bei so einem für mich sehr sachlichen Thema spekuliert, populistisch agiert, das schaffen Sie, und da sollte man tatsächlich sachlich rangehen.

Was ich vom jetzigen Senat – Vorwurf ist ein bisschen übertrieben – nicht gut finde, ist, dass die Stadtverschönerung gestrichen wurde. Ich kann Ihnen das aus dem Grunde nicht vorwerfen, weil dieser Senat 5 Milliarden Euro für ein Sondervermögen zur Verfügung stellen wollte, denn dort waren auch Gelder dafür vorgesehen, soweit ich informiert bin, dass man Klimaanpassungsmaßnahmen, nämlich Stadtgrün, Entsiegelung et cetera, durchführt. Diese Gelder, die wir 2023 in Höhe von 10 Millionen Euro und 2024 in Höhe von 20 Millionen Euro den Bezirken zur Verfügung gestellt haben, wie Frau Dr. Nickel vorhin angesprochen hat, und wenn ich wir sage, waren es die rot-rot-grüne beziehungsweise rot-grün-rote Regierungen, der Senat. In dieser Hinsicht kann ich dem jetzigen Senat nicht vorwerfen, dass er das nicht machen wollte, sondern, Sie wissen, warum dieses Sondervermögen jetzt doch nicht umgesetzt werden kann. Da würde mich aber natürlich interessieren vonseiten des Senats: Wie geht es in dem Bereich weiter? Tatsächlich war es sehr unkompliziert, wie Frau Dr. Nickel gesagt hat, und die Bezirke haben das regelrecht ausgenutzt. Die haben in sehr kurzer Zeit in 2023 10 Millionen Euro in sechs Monaten beantragt, ausgegeben und tolle Projekte realisiert, und das ist im Sinne der Stadt. Daher würde ich auch nicht so parteiisch sein wollen, sondern würde danach den aktuellen Senat messen wollen in zwei Jahren, wie weit bestimmte Projekte in diesem Bereich realisiert werden.

Ein letzter Punkt dazu: Wenn wir entsiegeln sagen, dann heißt es nicht, dass man den Asphalt abreißt. Da muss noch mehr sein, und ich denke, dass wir auch mehr blaue Infrastruktur brauchen in der Stadt. Wenn wir entsiegeln, müssen wir nicht nur grüne, sondern auch mehr Was-

serflächen in der Stadt haben. Die Gründe muss ich Ihnen nicht erörtern. Was noch wichtig ist, ist, dass man beim Wohnungsbau auch in versiegelte Flächen reingeht, bevor man die Elisabeth-Aue, und wie sie alle heißen, verbaut. Das ist nicht ökologisch. Das müsste auch nicht im Sinne unserer Stadt sein. Soweit von mir als naturschutzpolitischer Sprecher der Grünenfraktion! Ich wechsle wieder in meine Rolle als Ausschussvorsitzender.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich habe auf der Redeliste eine Wortmeldung von Frau Vierecke von der SPD-Fraktion. – Bitte schön!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Ich mache es auch wirklich ganz kurz, weil ich die Antworten hören will, aber ich muss das korrigieren. Das gestrichene Programm, das Sie ansprechen, ist de facto in den Einzelplan 27 gewandert, Kapitel 2712 – Aufwendungen der Bezirke - Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen –, der direkt bei den Bezirken ist, genau für diese Sachen, die Sie beschreiben. Wir haben gerade noch mal als SPD-Fraktion im zuständigen Arbeitskreis einen Aufschlag gemacht, dass wir gesagt haben: Okay, wir wollen ein Programm für starke Kieze und starke Stadtplätze, wo das Thema Aufenthaltsqualität eine Rolle spielt, aber genau auch Regenwassermanagement, auch Artenvielfalt, dass wir wirklich Plätze gestalten, die quasi State of the Art 2024 sind, weil wir natürlich dieses Problem sehen. Insofern haben wir es natürlich auch gesehen, dass das von den Bezirken gewollt war und einfach das irgendwo anders hingepackt und noch mal anders definiert, aber das Thema ist ein wichtiges, und das gehen wir auch an.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann die Stellungnahme des Senats? Es gab auch Fragen an Sie. – Frau Behrendt, bitte!

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU): Zu Beginn wurde das Thema Hitzeplan angesprochen, und das ist ein Beispiel dafür, dass wir in der Verwaltung auch weiterhin an der Umsetzung des BEK arbeiten, denn das Thema Erstellung eines Hitzeplans ist Teil des zweiten Teils des BEK. Das ist in der Federführung der Gesundheitsverwaltung, und dort wird gerade der Senatsbeschluss zur Umsetzung dieses Hitzeplans vorbereitet und zwischen den Senatsverwaltungen abgestimmt. Da sind wir aber in einer sehr späten Phase.

Dann wurde das Thema Artenvielfalt beim Thema Versiegelung angesprochen. – Da komme ich zu einem wesentlichen Punkt, nämlich das Thema Bodenschutz, das wir immer mitdenken müssen, wenn wir über das Thema Artenvielfalt und den Zusammenhang zur Entsiegelung sprechen. Wir haben jetzt in der finalen Phase die Vorbereitung der Berliner Bodenschutzkonzeption in Arbeit bei uns in der Senatsverwaltung, und da wird vor allem die Wichtigkeit und die besondere Rolle des Bodens definiert, vor allem auch vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Stadtentwicklung für Berlin. Deswegen beinhaltet die Berliner Bodenschutzkonzeption im Wesentlichen vier Handlungsziele. Das Erste ist: Bodenfunktionsschutz stärken. Das Zweite: Neuversiegelung begrenzen und Entsiegelung stärken. Das dritte Ziel ist: Altlastenbearbeitung forcieren. Das Vierte: Bodenschutz in Bildung, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit verankern. – Das alles sind sehr wichtige Punkte, und die werden wir in Umsetzung der Bodenschutzstrategie miteinander umsetzen, auch mit den anderen Senatsverwaltungen und natürlich vor allem auch mit SenStadt.

Die Frage wurde gestellt: Wer ist hier eigentlich für was zuständig beim Thema Entsiegelung? – Da muss ich erst mal klarstellend sagen: Das Thema Entsiegelung ist eigentlich eine

gesamtstädtische Verantwortung. Aus meiner Sicht kann man gar nicht wirklich sagen: Er ist dafür zuständig, ich nicht. Man kann natürlich sagen, eigentlich sind die Bezirke dafür zuständig. Es ist auch so, also nicht nur eigentlich, sondern sie sind dafür zuständig, aber die Herausforderung ist gerade in Berlin natürlich so groß, dass wir das nur gemeinsam schaffen können. Man kann natürlich schon sagen, dass SenStadt in dem Bereich Reduzierung Neuversiegelung im Rahmen der Stadtentwicklung besonders zuständig ist. Also welche Tools können wir miteinander entwickeln, um Neuversiegelung beim Thema Stadtentwicklung zu verhindern und auch zu entsiegeln? Wir als SenMVKU sind dann immer eher für das Thema Entsiegelung, Abkoppelung und Bodenschutz zuständig. So kann man es, glaube ich, einmal grob auseinanderhalten. Das Thema Entsiegelung muss natürlich auch beim Stadtentwicklungsplan Wohnen berücksichtigt werden und natürlich auch im Verkehrsbereich. Das wurde angesprochen. Letztendlich ist das aber gerade ein Thema, wo man sich, glaube ich, schlecht auf Zuständigkeiten zurückziehen kann. Das wurde auch bei dem, was Frau Dr. Nickel gesagt hat, ganz klar. Da müssen wir neue Wege der Zusammenarbeit gehen, um da pragmatisch auch Ergebnisse miteinander finden zu können.

Das Thema Starkregen wurde auch angesprochen. – Beim Thema Starkregen sind wir gerade dabei, uns etwas strategischer aufzustellen. Da geht es natürlich einmal um das Thema Entsiegelung. Der erste Schritt war, erst mal festzustellen: Wo sind denn überhaupt die gefährlichen Punkte in unserer Stadt im Hinblick auf Starkregen? Wo kommt es da zu Überschwemmungen? – Da gibt es eine ganz klare Kartenlage. Es gibt die Karte zum Starkregen. Das war eine meiner ersten Amtshandlungen, dass ich entschieden habe, dass wir die auch veröffentlichen, es gab vorher datenschutzrechtliche Bedenken gegen die Veröffentlichung. Da habe ich aber gesagt, das Interesse der Öffentlichkeit und der Sicherheitsaspekt sind so groß, dass wir diese Karte veröffentlichen müssen. Jetzt haben wir sie veröffentlicht und sind gerade dabei, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen auch von der Feuerwehr, die da immer im Einsatz sind, wenn es zu solchen Starkregen-Events kommt, zu schauen: Wie ist die Lage vor Ort? Was kann man gemeinsam tun, um da wirklich ganz konkret eine Verbesserung herbeizuführen?

Dann wurde das Thema angesprochen: Wie viele Potenziale gibt es eigentlich in welchem Bezirk, und welche Mengen haben wir da? – Da – das hatte ich eben schon in meinem Intro erwähnt – ist es so, dass die derzeitig bestehenden Erhebungsverfahren aus unserer Sicht nicht ausreichen, um diese Potenziale hinreichend identifizieren zu können. Deswegen sind wir gerade dabei, auch in der gemeinsamen AG, auch natürlich mit SenStadt, neue Methoden zu entwickeln, um so ein Entsiegelungskataster, nenne ich es mal, zu entwickeln und auch mit neuen technischen Methoden zu einer besseren Erfassung zu kommen. Wir haben einmal die klassischen Karten. Dann haben wir auch Satellitenbilder. Dann haben wir noch ein ganz neuartiges Verfahren, das True Orthophoto heißt. Da geht es darum, dass man Aufnahmen von den Gebäuden hat, und man kann die durch dieses technische Verfahren so umlegen, dass man genauer auf den Boden gucken kann und genauer gucken kann: Wie sieht es da auf dem Boden aus? Ich gucke gerade in Richtung SenStadt. Habe ich das richtig dargestellt? – Ich sehe Kopfnicken. Wir müssen eben auch technisch gucken, wie wir die Sachen besser analysieren können. Da sind wir aber dabei.

Dann wurde das Thema zu den Entsiegelungen in der Wuhlheide angesprochen. Da würde ich eher auf den Bezirk verweisen, denn das möchte ich jetzt, ohne mich vorher mit dem Bezirk besprochen zu haben, ungern beantworten.

Dann wurde das Thema steigender Grundwasserspiegel angesprochen, auch das Thema Blumenviertel. Es gibt aber auch andere Bereiche. Ich nenne mal die Mäckeritzwiesen als Beispielregion. Das ist natürlich eine Herausforderung. Es gibt da eine ganz klare gerichtliche Rechtsprechung, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, ein Grundwassermanagement im umfassenden Sinne zu betreiben. Ich bin aber der festen Auffassung, dass wir trotzdem schauen müssen, wie wir die Betroffenen vor Ort bestmöglich unterstützen können, denn es ist natürlich eine schwierige Lage. Da kann ich aber sagen, dass es keine Lösung nach dem Prinzip One Size fits all gibt, sondern man muss sich ganz genau angucken, welche Lösung man vor Ort finden kann, und da sind wir auch in ganz enger Abstimmung mit den Betroffenen vor Ort, auch gemeinsam mit den Berliner Wasserbetrieben, um zu schauen, was man machen kann auch in Zusammenarbeit mit den Anwohnerinnen und Anwohnern. Da gibt es für die Mäckeritzwiesen andere Lösungen als für das Blumenviertel. Da tun wir aber wirklich unser Bestes, um auch durch Beratungsangebote und auch Finanzierungsangebote vor Ort zu unterstützen. Wir haben dafür auch Gelder in unserem Haushalt vorgesehen.

Mailand wurde angesprochen, der Bosco Verticale. Das ist natürlich ein ganz tolles Beispiel, was man in der Stadt machen kann. Um solche neuen innovativen Methoden auch noch mehr nach Berlin zu bringen, haben wir bei uns in der Senatsverwaltung auch ein Programm gestartet, das Innovations-Scouts heißt, das heißt, wir schicken unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das möchten, auf eine ganz kurze Dienstreise. Für ein bis zwei Wochen, haben wir gesagt, können die sich Städte und Regionen aussuchen, von denen sie aus ihrer fachlichen Sicht denken, dass die besonders innovativ unterwegs sind. Wir finanzieren das und werden in einem Follow-up-Prozess auch die Erkenntnisse, die sie da gewonnen haben, umsetzen und schauen: Was können wir da für Berlin lernen? Ich denke, es wird auch sicherlich jemand nach Mailand fahren.

Dann das Thema, wie wir Flächen in privatem Besitz besser entsiegeln können. Das ist auch ein Thema, das uns natürlich beschäftigt. Wir würden deswegen ganz gern im Rahmen unserer Umsetzungsallianz zur Nachhaltigkeitsstrategie verstärkt in Zusammenarbeit auch mit großen Unternehmen und Privatpersonen kommen, um zu gucken, welche Potenziale sie haben und wie wir gemeinsam in die Entsiegelung einsteigen können. Wichtig ist, glaube ich, auch, da das auch immer viel Geld kostet, das wissen wir alle, dass man aufzeigt: Welche Förderprogramme gibt es dafür? Wir haben das Aktionsprogramm „Natürlicher Klimaschutz“ vom Bund. Wir haben BENE 2 mit europäischen Geldern aus dem EFRE-Fonds. Es gibt auch noch andere Förderungsmöglichkeiten. Wir haben gerade die BENE-2-Förderungsmöglichkeiten in diesem Jahr zum ersten Mal auch für Unternehmen geöffnet. Das müssen wir sicherlich auch noch bekannter machen. Insofern ist das auch aus unserer Sicht ein wichtiger Punkt.

Dann die Frage, ob ich schon mit Friedrichhain-Kreuzberg zum Thema Entsiegelung konkret verhandelt habe. – Habe ich nicht. Ich bin mit Clara Herrmann im ständigen Kontakt und auch in einem sehr guten Kontakt, aber zu dem Thema hat sie mich noch nicht angesprochen, kommt aber sicherlich noch. – Ich würde vielleicht noch mal in Richtung SenStadt gucken. Wenn Sie noch irgendwelche wichtigen Ergänzungen haben, können Sie das gerne noch machen. Vielleicht können Sie sich auch kurz vorstellen.

Thorsten Tonndorf (SenStadt): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Thorsten Tonndorf. Ich leite in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen das Referat Stadtentwicklungsplanung und möchte in meinem kurzen Beitrag vor allem noch mal auf die übergeordneten Themen der Stadtentwicklungspläne eingehen, aber vielleicht auch ganz kurz noch mal das Thema Monitoring und Bilanzierung ansprechen, also dieses Thema: Wie schaffen wir es denn, die Netto-Null-Versiegelung tatsächlich auch messbar zu machen? – Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Bedeutung hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sehr früh den Bedeutungsgewinn dieses Themas Ver- und Entsiegelung erkannt. Ich mache das an dem Beispiel des Stadtentwicklungsplans Klima fest. Wir haben letztes Jahr bereits den zweiten Stadtentwicklungsplan Klima vom Senat verabschiedet, wo wir dieses Themenfeld sehr klar verdeutlicht haben mit den Handlungsansätzen blaugrüne Stadtentwicklung im Sinne der Erfordernisse der Klimaanpassung, aber genauso mit dem Ansatz Stadt der kurzen Wege, um das Klima zu schützen und zu sagen: Ja, wir brauchen eine Entwicklung innerhalb der Stadt, um im Zweifelsfall eine stärkere Suburbanisierung mit noch deutlicheren Flächenentwicklungen und deutlicher Flächeninanspruchnahme im Brandenburger Umland auch tatsächlich zu verhindern. Es macht keinen Sinn, wenn wir Stadtentwicklung nicht in der Stadt möglich machen und an den falschen Standorten im Umland ermöglichen. Wichtig ist uns, dass wir an den richtigen Standorten in dieser Stadt die wachsende Stadt tatsächlich zu ermöglichen.

Damit, das ist mehrmals angeklungen, haben wir den Zielkonflikt zwischen auf der einen Seite des Erfordernisses Flächen sparen, Flächen zu entsiegeln und gleichzeitig der wachsenden Stadt, wie wir damit umgehen. Das ist in dem schon angesprochenen, in der Finalisierung befindlichen Stadtentwicklungsplan Wohnen ein zentrales Motiv. Dieser Fortschreibungsprozess vom Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040 stellt darauf ab, dass wir zwar einerseits einen sehr hohen Bedarf an Wohnen haben, insgesamt in einer Größenordnung von über 200 000 zusätzlichen Wohnungen, aber wir die Akzente so setzen wollen, dass dieser Zielkonflikt einerseits klar adressiert wird, aber auch auf Stadtentwicklungsplanungsseite die richtigen Antworten gegeben werden auf: An welchen Standorten ist es richtig, in welchem Umfang zu bauen? Zum einen nochmal: Der Vorrang tatsächlich auf die Innenentwicklung, zum Zweiten eine sehr behutsame Abwägung des tatsächlichen Bedarfes, zum Dritten die Potenziale, die sich in der Wiedernutzung von bestehenden Gebäuden ergeben, auch berücksichtigen, Stichwort: Aufstockung und auch Aufstockung von zum Beispiel Lebensmittelsupermärkten, und gleichzeitig aber auch die Erkenntnis, dass in diesem Handlungsfeld durchaus Potenzial besteht, aber in sehr begrenztem Umfang. Das bietet sich auch bei der Umnutzung von Büroflächen an, wo es ebenso einen relativ begrenzten Umfang an Möglichkeiten gibt, und das ist noch mal ein ganz wichtiges Thema. Für das Thema gemeinwohlorientierten Wohnungsbau sind diese Beiträge relativ gering. Wir brauchen in dem Zusammenhang landeseigene Flächen. Das ist für uns ein ganz wichtiges Kriterium, damit wir auf landeseigenen Flächen dann auch tatsächlich Wohnungsbau realisieren, der insbesondere gemeinwohlorientiert ist.

Mit dem Stadtentwicklungsplan Wohnen, wie er zurzeit in der Finalisierung ist, geht es vor allem darum, kompakte Siedlungsstrukturen und effiziente Grundstücksausnutzung mit hoher städtebaulicher und funktionaler Dichte an den richtigen Standorten, nämlich dort, wo sie besonders gut ÖPNV erschlossen sind, tatsächlich zu realisieren.

Schlüsselvorhaben der Stadtentwicklung wie die neuen Stadtquartiere werden im Sinne der Transformation überwiegend auf bereits baulich genutzten Flächen wie ehemalige Industrie-

areale, aufgegebene Bahnflächen und Flächen des ehemaligen Flughafens Tegel entwickelt. Gartenfeld 2.0, ist auch schon gefallen, Tempelhofer Damm sind Themen, die mir einfallen. Im Ausnahmefall gibt es allerdings sehr wohl das Erfordernis nach Außenentwicklung, aber in einem sehr begrenzten Umfange und deutlich geringer als in der Vergangenheit. Die Innenentwicklung ist ein wesentlicher Schwerpunkt. Da arbeiten wir auch eng mit den Bezirken, dass das nicht nur ein Plan ist, der dort tatsächlich nur auf dem Plan dargestellt ist, sondern dass wir auch in die Umsetzung kommen mit zum Beispiel Entwicklungskonzepten.

Stadtentwicklungsplan Wirtschaft: Auch da, ganz klar, gibt es in dem Zusammenhang das Thema effiziente Flächennutzung, Wiedernutzung von Parkplätzen. Bauliche Verdichtung ist dort ein zentrales Motiv, eine Begrenzung von den entsprechenden Neuausweisungen.

Ich probiere in Anbetracht der Zeit vielleicht nur noch mal kurz auf das Thema ressortübergreifende Arbeitsgruppe Ver- und Entsiegelung einzugehen. Frau Staatssekretärin hat eigentlich schon alles dazu gesagt. Ich möchte es noch mal plastisch machen. Wir haben sehr gute Grundlagen mit dieser Karte der Versiegelung, aber wenn es darum geht, Zeitreihen aufzubauen, müssen wir noch einen Gang zulegen. Da müssen wir besser werden, und das ist für das Thema Netto-Null-Versiegelung das Zentrale: Was kommt dazu? Was geht ab? Da ist es in der heutigen Methode noch nicht hinreichend belastbar. Das ist abhängig wie bei der Befliegung der Sonnenschein war. Gab es mehr Sonne oder weniger Sonne? Dann wird es in der Interpretation schwieriger. Das ist dann die Frage: Was ist tatsächlich unterhalb der Bäume bei Verschattung? Wie bewertet man so etwas? Mit solchen Fragen beschäftigen wir uns in der Arbeitsgruppe, um dann, ich glaube, da sind wir auf einem guten Wege, in einem Jahr eine deutlich bessere Methode zu entwickeln, um dann auch belastbare Angaben zu geben zum Thema Netto-Null-Versiegelung. Wie nahe sind wir an dem Ziel? Wie arbeiten wir auf das Ziel zu? Mit den heutigen Angaben ist das, glaube ich, schwierig. Frau Staatsekretärin hat das aber eigentlich auch schon gesagt. – Vielen Dank! Ich will damit sagen, aus Sicht der Stadtentwicklung ist das Thema Reduzierung von Versiegelung und Entsiegelung auch ein sehr wichtiges. Wir sind da gute Partner.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank an die Vertretung des Senats und Frau Staatssekretärin für die Flexibilität bei der Änderung der Reihenfolge. – Jetzt machen wir mit den Antworten der Anzuhörenden weiter. Dieses Mal ändern wir die Reihenfolge und fangen mit Frau Dr. Nickel an. Es gab einige Fragen an Sie. – Bitte schön!

Elisabeth Broermann (Architects for Future Deutschland e. V.): Entschuldigung! Meine Zeit ist leider begrenzt. Dürfte ich vielleicht doch als Erste sprechen?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Heute sind wir flexibel genug. – Sie haben das Wort, Frau Broermann!

Elisabeth Broermann (Architects for Future Deutschland e. V.): Entschuldigung, Frau Nickel! Vielen Dank für das Verständnis! Ich muss gleich meine kleine Tochter abholen, und die kann leider nicht warten. – Ich bedanke mich auch für die Rückfragen, die gekommen sind und möchte mit der Thematik des Verkehrs anfangen und die Frage stellen: Wem gehört denn die Stadt? – Die gehört uns allen, also der Bevölkerung. Ich glaube, wir müssen uns da wirklich fragen, mit welcher Selbstverständlichkeit private Pkw öffentlichen Raum besetzen, ist einfach nicht fair für die Stadtnutzung dieser Fläche. Diese Fläche ist so wertvoll für die

gesamte Bevölkerung und nicht nur für die Pkw-Besitzerinnen und Besitzer, dass wir da wirklich rangehen müssen. Diese Fläche im Straßenraum, da können Bäume wirklich wurzeln und erdgebunden wachsen, und diese Kühlung des Mikroklimas ist wichtig, aber es trägt natürlich auch zur Verschattung der Straßenzüge bei. Diese Autos, die da gerade stehen – ich sage es noch mal –, heizen sich aufgrund ihrer Beschaffenheit aus Metall im Sommer sehr stark auf und potenzieren die Hitze, die da entsteht. Das heißt, wir müssen da wirklich gucken, welche Alternativen es gibt. Städte wie Rotterdam, ich empfehle dort hinzufahren, sich zum Beispiel das anzugucken, leben das schon vor, dass sie die parkenden Autos in Parkhäusern blockweise bündeln, sodass die Wege auch nicht zu weit sind und dort sozusagen gebündelt geparkt werden und die Flächen vor den Häusern in den Straßenzügen wirklich der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, da entsiegelt wird und das Mikroklima gestärkt werden kann. Wir haben in Berlin viele leerstehende Parkhäuser, die es zu füllen gilt. Dazu gibt es, glaube ich, auch Untersuchungen. Es gab, glaube ich, auch erste Probeprojekte dazu. Ich glaube, da muss man einfach noch mal gucken: Wie bekommt man da Bewegung rein, um diese Fläche zur Verfügung zu stellen? – Denn auch da sei noch mal gesagt: Wer mehr Verkehrsfläche produziert, also wenn wir auch noch weiter ausbauen wollen, schafft dadurch nicht eine Erleichterung der jetzigen Situation, sondern der schafft noch mal mehr Verkehr. – Auch da müssen wir draufgucken. In Zeiten der Klimakrise und einer Krise der Biodiversität, die wirklich unsere menschliche Existenz bedroht, ist das nicht mehr zeitgemäß und nicht zukunftsfähig. Da müssen wir diese Wünsche, die vielleicht eine solche autoorientierte Verkehrspolitik hat, noch mal überdenken und wirklich kritisch hinterfragen und zu dem Punkt kommen und sagen: Das ist nicht generationengerecht. Wir produzieren damit eine Stadt, die nicht zukunftsfähig sein wird. Was hinterlassen wir dann unserer nächsten Generation? – Das ist nicht verantwortbar und auch nicht im Sinne einer sozialen oder auch christlich-sozialen wertschöpfungs- und schöpfungsorientierten wahrenden Politik vertretbar. Das zur Verkehrspolitik!

Stichwort war auch Fassadenbegrünung, Dachbegrünung. Vielen Dank für dieses Stichwort! Natürlich brauchen wir das auch, aber das ersetzt nicht die zu entsiegelnde Fläche auf der Straße. Wie ich gerade schon sagte, wir brauchen diese erdgebundenen Flächen, wo große Bäume entstehen können, die auch verschatten können und die wirklich diesen großen Impact auf das Mikroklima haben. Die Fassadenbegrünung, die Dachbegrünung brauchen wir trotzdem, aber das hat natürlich eine andere Qualität an Begrünung oder Ausgleich für das Mikroklima. Wir sehen den Bosco Verticale sehr kritisch, denn das, was man da in einem Neubau an Beton überhaupt reinbringen muss, damit diese Masse an Bäumen und Grün dort gehalten werden kann, steht in keinem Verhältnis dazu. Durch die Produktion dieses Betons wird so viel CO_2 freigesetzt, das können die Bäume, die nachher durch diesen Beton getragen werden, niemals ausgleichen. Hinzu kommt, dass diese vertikalen Gärten eine wahnsinnig aufwändige Wartung und Technik mit sich bringen, die finanziert, aber eben auch energetisch versorgt werden muss. Auch da müssen wir gucken, dass die Fassadenbegrünung und die Dachbegrünung möglichst erdgebunden sind und mit Regenwasser versorgt werden können, sodass da die Wartungsarbeiten und der Technikaufwand gering gehalten werden. Ich würde da eher raten, noch mal nach Wien zu fahren und zu gucken, wie es zum Beispiel Wien schafft, mit grünen Innenhöfen und viel Stadtgrün eine ganz andere Atmosphäre zu bewerkstelligen. Trotzdem muss man natürlich sagen, kleine Pflanzen müssen natürlich auf die Dächer, müssen auf die Balkone. Ich glaube, da braucht es schon eine Imagekampagne zur Sensibilisierung der Stadtbevölkerung, dass sowohl bei den Baumscheiben auf der Straße als auch auf den Balkonen als auch an den Fassaden jeder mitanpackt und Grün in die Stadt bringt. Da sind wir alle gefragt. Man könnte das über Förderprogramme machen oder auch über Beloh-

nungen, für Entsiegelung – wir hatten auch schon den Punkt mit den Eigentumsverhältnissen – zu motivieren – in der Stadt haben wir es wenig mit Schottergärten zu tun, aber ähnliche Veranlagungen sieht man trotzdem – und da einfach einen Anschub zu geben und zu sensibilisieren, wie wichtig dieses Thema für uns alle ist.

Um diese Wartungskosten unterzukriegen: Ich habe eine Zeit lang bei der Radbahn in Kreuzberg arbeitet, die übrigens heute Nachmittag die Eröffnung vom Testfeld hat. Herzliche Einladung, wenn Sie hingehen wollen, auch ein Projekt, das entsiegelt und versucht, das Regenwasser zu nutzen! An einem Beispiel wird es heute ausprobiert, an einem Reallabor. Da war zum Beispiel die Rückmeldung auch von der Stadtverwaltung im Sinne von: Wie schaffen wir da mehr Grün auf diesen Bereichen? – Oh, bloß keine Bäume, keine großen Pflanzen machen, dafür haben wir gar kein Geld. Wir bekommen so wenig Geld zur Verfügung gestellt pro Quadratmeter Wartung von Grünflächen, das können wir da gar nicht leisten. – Auch da muss man, glaube ich, gucken, wie viel Geld, wie viel Fördertopf man dem städtischen Grün gibt, um die städtischen Pflanzen und Grünbereiche auch zu pflegen und zu warten. Da liegt es natürlich auch an der Planung oder an der Konzeption. Welche Pflanzen gibt es da? Wie wartungsintensiv sind diese Pflanzen, oder kann man da auch vermehrt auf Wildpflanzen gehen, auf Pflanzen, die sich selbst aussähen und diese auch zulassen und wachsen lassen, statt abzumähen und da auch eine Vielfalt zuzulassen? Das ist wichtig.

Dann gab es die Rückfrage zu dem Wohnraum. Das ist natürlich richtig. Wir brauchen mehr Wohnraum. Das Mantra bauen, bauen, bauen ist da in aller Munde. Wir wollen alles neu machen, wir wollen alles schnell machen, aber da wirklich noch einmal schauen, was wir im Bestand machen können. Es gibt eine Studie, dass in Berlin 100 000 Wohneinheiten im Bestand erschlossen werden könnten. Das müssen wir uns vor Augen führen: Das sind Wohnungen, die im Moment eigentlich schon da sind. Das geht durch Leerstandsumnutzung. Wir müssen schauen, wo Wohnungen als Spekulationsobjekt gehalten werden, als Dritt- oder Viertwohnung, nur für temporäres Wohnen, Stichwort Ferienwohnung und so weiter. Wie können wir an dieses Potenzial ran? Wo steht Wohnfläche wirklich leer, weil es den Eigentümern/-innen zu anstrengend ist, Mieterinnen und Mieter reinzulassen, und sie halten das nur, um den Wert der Grundstücke halten zu können? Wo steht auch Gewerbefläche leer, die wir schnell zu Wohnungsraum umwidmen können müssten? Wo können wir Flächen aufstocken oder überbauen, die schon versiegelt sind, die gerade nur eingeschossig genutzt werden, Stichwort Supermärke, Discountermärkte? Das sind gerne eingeschossige Bauten, nehmen viel Fläche in Anspruch, darüber ist wahnsinnig viel Fläche zu heben, die schon erschlossen ist. Da ist schon alles hingelegt, da sind eine soziale und technische Infrastruktur vorhanden. Das hat auch viele Vorteile gegenüber neu ausgewiesenen Neubaugebieten, die zusätzlich mit Transportwegen und der ganzen Infrastruktur ausgestattet werden müssten. Da gibt es auch einen großen preislichen und zeitlichen Vorteil, wenn man das Bauen im Bestand erst einmal fokussiert und die Potenziale, die es da gibt, hebt.

Dazu braucht es eine Anpassung der Bauordnung, weil im Moment fallen oft – –

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Entschuldigung, Frau Broermann! Ich würde Sie gerne ungern unterbrechen, aber wir haben eine zweite Anhörung – [Elisabeth Broermann (AfF): Ich komme zum Schluss!] –, und wir würden ungern auch über die Wohnungspolitik reden wollen. Sorry!

Elisabeth Broermann (AfF) [zugeschaltet]: Alles klar! – Da muss es klar sein, dass die eigentlichen Hebel für neuen Wohnraum in anderen politischen Maßnahmen liegen, Mietpreisbremse und so weiter, Gemeinnützigkeit haben wir schon gesagt.

Ich möchte auch noch einmal appellieren, das kam gerade auch schon, wie wichtig die städtebaulichen Räume sind, auch um zum Beispiel Demokratie zu stärken. Das sollte uns in diesem Jahr wahnsinnig am Herzen liegen, die Fläche an die Bevölkerung zurückzugeben, an die, die es wirklich in der Breite nutzen können, und die zu entsiegeln und zu einem Mehrwert für alle zu machen. Damit schließe ich. – Vielen herzlichen Dank! Ich wünsche Ihnen ganz viel Mut und Kraft, diese wichtigen Punkte umzusetzen und nach vorne zu bringen. Ich sehe eigentlich ganz viel Potenzial in den verschiedenen Fraktionen, die alle das ähnliche Ziel verfolgen. Ich hoffe, dass Sie sich da gut einig werden und gute Programme aufsetzen. Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke auch an Sie, dass Sie Ihre Organisation heute spontan vertreten konnten und wünsche Ihnen im Namen der Ausschussmitglieder einen schönen Tag!

Dr. Darla Nickel (Regenwasseragentur): Vielen Dank! – Die erste Frage betraf die Verwendung der Mittel, die wir im Haushalt zugewiesen bekommen haben. Dafür möchte ich mich

auch aufrichtig und herzlich bedanken, auch für dieses Vertrauen! Ja, wir haben vier neue Personen einstellen können, zwei sind schon in Amt und Würden, und zwei kommen in den nächsten zwei Monaten. Wir sind damit auf neun Personen angewachsen. Die weiteren Mittel werden wir auch in Personal stecken. Die Personen, die gekommen sind, unterstützen allesamt – es sind auch alles erfahrene Planer, Ingenieure et cetera, die jetzt eingestellt wurden – vorwiegend die Bezirke bei der Umsetzung konkreter Vorhaben und Lösungen von Fragen, Unterstützung auch in der Koordination der Planung bei komplexeren Vorhaben, aber auch für eine aktive Ansprache von Wohnungsunternehmen und größeren Playern, Zusammenarbeit mit der BIM, Zusammenarbeit mit der Grün Berlin GmbH. Das sind Beispiele für den Einsatz.

Dann gab es auch noch den Wunsch, die low hanging Fruits noch einmal plastischer zu machen. Wir sprechen auch von niedrigschwelligen Lösungen. Der Unterschied liegt darin, dass solche Lösungen umgesetzt werden können, ohne das eine komplette Neugestaltung des Straßenraums erforderlich wird. Dazu zählen eigentlich die Beispiele, die Sie genannt haben: die Vergrößerung von Baumscheiben, die Verbindung von Baumscheiben. Das heißt im Unterstreifen der Straße die Schaffung von Grünstreifen, wie das sowieso auch in Berlin an vielen Standorten typisch ist, oder auch an Standorten, wo es nicht geeignet ist, Flächen tatsächlich zu entsiegeln und zu begrünen, weil sie zu stark frequentiert werden, auch Ideen wie die Ausmuldung des Unterstreifens, der normalerweise aus Bernburger Pflaster besteht, sodass Regenwasser dort absichtlich hängen bleibt und mehr vor Ort versickern kann. Das sind niedrigschwellige Lösungen.

Zu den niedrigschwelligen Lösungen zählt aber auch die heute mögliche Aufstellung von kleinen Zisternen im öffentlichen Straßenraum als Sondernutzung. Das ist ein Thema, das in den letzten zwei Jahren aufgekommen ist und wofür es heute einen einheitlichen Regelungsvorschlag für die Bezirke gibt, sodass für die Bewässerung von Bäumen im öffentlichen Straßenland Regenwasser im Straßenland zur Verfügung steht. Das sind so die niedrigschwelligen Lösungen.

Es geht auch mit dem Schlagwort grüne Gullys weiter, die man aus Mitte kennt. Das ist noch kein realisiertes Beispiel, sondern eine Idee, die Flächen, die entsiegelt und begrünt werden, wasserwirtschaftlich durch eine leichte Ausmuldung zu optimieren, ohne das wasserwirtschaftliche Anlagen entstehen. Das ist ein großer Name dafür, dass man eine entsiegelte Fläche nur dazu nutzen möchte, um etwas mehr Regenwasser zu fassen als eine ausschließlich entsiegelte Fläche das tun würde.

Es gab dann so ein paar Fragen, die Kleinstgewässer, aber auch die Haftung für Anlagen, wenn zu viel Wasser anfällt, oder die Haftung für die Qualität betrafen. Die haben zunächst einmal nichts miteinander zu tun, augenscheinlich dann doch. Bei Kleingewässer kann ich oder möchte nichts dazu sagen, wo es den Handlungsbedarf gibt. Dazu gibt es umfangreiche Unterlagen von der Senatsverwaltung für Umwelt, Priorisierungen auch der Kleinstgewässer, auch die, die für einen Erhalt der Biodiversität besonders wichtig sind. Was durch diese Untersuchungen und Analysen sichtbar wurde, ist, dass ein Großteil der Gewässer in nennenswertem Anteil an Wassermangel leiden. Bei den ersten Pilotvorhaben zusammen mit der Stiftung Naturschutz, Lösungen für diesen Wassermangel zu finden, stellte sich sehr schnell heraus, dass die Lösungen doch technischer Natur sind. Man muss natürlich die Mengen im Blick und die Qualität des Wassers im Blick haben. Man braucht für solche Lösungen was-

serwirtschaftliche Kompetenz. Das heißt, dass die Berliner Wasserbetriebe ein natürlicher Partner sind. Sie haben noch nicht den Auftrag, auch keinen Finanzierungsmechanismus und auch nicht das Personal, um in diese Projekte einzusteigen und die Anlagen dieser Art dann zu bauen, zu betreiben et cetera. Das ist einfach ein Bindeglied, das an der Stelle fehlt, wenngleich ich denke, dass alle Akteure da gerne aktiv werden würden. Das sieht ähnlich aus, wenn es darum geht, beispielsweise Wasser in öffentliche Grünanlagen zu leiten. Natürlich muss man Qualität und Menge im Blick haben. Das ist nach den anerkannten Regeln der Technik genau definiert, aber die müssen bekannt sein. Auch da ist wasserwirtschaftliche Kompetenz gefragt, weswegen die Bezirke alleine da nervös oder zurückhaltend sind, Verantwortung für solche Anlagen zu übernommen, auch wenn es in ihrem Fachvermögen liegt. Das sind so die Probleme – vorhin habe ich die Zuständigkeiten angesprochen. Ich denke, dass es Sinn ergibt, nach fünf, sechs Jahren zu schauen, welche Fragen bezüglich der Zuständigkeiten immer wieder aufkommen – es sind nicht viele, es ist eine Handvoll –, und dann gemeinsam darüber zu diskutieren, wo es möglich ist, Abhilfe durch Einigung auf Partner zu schaffen und wo nicht.

Mutig ist Berlin bestimmt auf der Entwurfsebene. Bei der Entwicklung von neuen Quartieren, bei der Entwicklung von B-Plänen, werden tolle Konzepte entwickelt und auch realisiert. Ich meinte eher, der Mut der uns manchmal fehlt, Entscheidungen schneller zu treffen. Das ist vielleicht nicht so gravierend, wenn man eine Quartiersentwicklung hat und ohnehin alle Akteure formal am Tisch und auch Zeit und Geld hat. Dann kann man sich sehr viel Zeit lassen, alle möglichen Fragestellungen vollständig zu beantworten, bevor man eine Entscheidung trifft, aber das funktioniert zum Beispiel im Straßenbau nicht. Da gehen die Prozesse und Projekte viel schneller. Da fehlt es uns manchmal an Mut, uns für neue Maßnahmen, die wir nicht kennen, zu entscheiden, auszuprobieren. So meinte ich das mit dem Mut. Ich denke, das muss auf Arbeitsebene geklärt werden. Ich weiß nicht, ob aus diesem Raum Abhilfe geschaffen werden kann. Das ist eine Kulturfrage.

Die 60 Standorte in Lichtenberg, die ich angesprochen habe, sind sicherlich keine Standorte, wo man heute schon weiß, wie sie abgekoppelt werden. Es ist ein Beispiel, das ich dafür genannt habe, wie ich denke, wir insgesamt vorgehen sollten, auch gerade bei der Auseinandersetzung mit den privaten Flächen, wo eben mehr Potenziale für Entsiegelung und für Regenwassermanagement liegen als im öffentlichen Raum. Das ist eindeutig. Ich finde es eben gut, wie der Bezirk sich strategisch auf den Weg begibt, diese Standorte auszuwerten und zu priorisieren. Ich glaube, es steht noch gar nicht fest, wie das finanziert werden soll und in welchem Zeitraum. Es war also ein Beispiel für eine strategische Vorgehensweise aus dem Bezirk Lichtenberg, die noch gar nicht so alt ist. Insofern denke ich, dass die Fragen, die Sie gestellt haben, leider noch nicht beantwortet werden können.

Sie haben auch gefragt, wie aufwendig das ist. Ich denke, dass der Umbau von solchen Flächen aufwendig und auch nicht günstig ist. Wir haben mittlerweile sehr zuverlässige Kostendaten vorliegen, sodass man auch die Bezirke dabei unterstützen kann, unter wirtschaftlichen Aspekten zu priorisieren. Deswegen glaube ich, dass es ganz wichtig ist, wenn man über die Kosten von Abkopplung spricht, die Kosten der Entsiegelung, dass man schaut, wo man auch Geld einspart. Es ist nicht immer ein Addon, sondern man hat die Möglichkeit, durch Abkopplung an anderer Stelle einzusparen, und darin müssen wir besser werden, die Investitionen gegeneinander abzuwägen und dann zu entscheiden, wie viel hiervon und wie viel davon.

Fachpersonalmangel hatte ich nicht so direkt angesprochen. Es ist nichts Neues, und das wird immer wieder gesagt, dass die Bezirke wenig Personalressourcen haben. Gleiches gilt auch an anderer Stelle. Was ich denke, was aber wichtig ist, ist, dass wir die Bezirke dahingehend entlasten, dass wir bestimmte übergeordnete Entscheidungen wie beispielsweise die zu den Zuständigkeiten, wer die Partner sind, an wen man sich wenden kann, auf welches Maßnahmenportfolio wir uns geeinigt haben, was die neuen Lösungen sind, die wir einführen wollen, beschleunigen. Vielleicht noch ein Thema, das ich noch gar nicht angesprochen habe: Wenn wir mehr Grün in der Stadt haben wollen, wenn wir Entsiegeln, wenn wir Grünflächen schaffen, funktionieren diese Flächen dann langfristig, wenn sie gepflegt werden. Die Angst davor, nicht ausreichend pflegen zu können, ist ein Hemmnis, weswegen sich auch oft gegen eine Entsiegelung entschieden wird.

Schichtenwasser: Ich kann keine Lösungen aus dem Hut zaubern, die nicht schon ohnehin diskutiert werden. Es gibt einen Leitfaden für die Versickerung auf den Hochebenen der Senatsverwaltung für Umwelt, der eine einheitliche Vorgehensweise für die Bewertung der Problematik des Schichtenwassers quasi vorgibt und damit die Entscheidung erleichtert, wann man versickern kann und wann nicht. Frau Behrendt hat es auch schon gesagt: Es gibt keine One-Size-fits-all-Lösung. Es gibt Orte, wo bestimmte Dinge funktionieren und wo sie nicht funktionieren. Da brauchen wir uns nicht in die Tasche zu lügen, aber wir brauchen Entscheidungshilfen. Das ist ein Beispiel dafür, wie das gelingen kann, um zu bewerten und dann eben schneller entscheiden zu können, was wir an dieser Stelle machen. Technische Alternativen kann ich nicht aus dem Hut zaubern.

Partner für die Entsiegelung wurden genannt. Ich glaube, das ist ganz wichtig: Wir müssen mit den Wohnungsunternehmen, der BIM sprechen. Das sind wichtige Partner, und die sind auch schon aktiv. Manche mehr als andere, aber sie haben das Thema auf dem Schirm, und da kann man, glaube ich, wirklich strategischer vorgehen und auch gemeinsam Ziele ins Auge fassen. Ich finde, Grün Berlin, Stiftung Naturschutz, all diese Partner sind natürlich Partner, und sie sind auch schon aktiv, sie sind am Starten, und es ist eher die Frage, wie wir uns besser koordinieren, um die jeweiligen Stärke dieser Partner an der richtigen Stelle einzusetzen.

Die letzten zwei Punkte betrafen das Vorbild anderer Städte, Wien wurde für die Gebäudebegrünung genannt, das sehe ich genauso, die Emscher-Region für das Thema Abkopplung und Instrumente für die Finanzierung auch auf privaten Flächen, wo es mehr Potenzial gibt. Wir haben in Berlin wenig Instrumente und Anreize für die Privaten, und ich glaube, wir müssen mehr Gehirnschmalz in die Richtung stecken. Es gibt natürlich viele andere Städte, die vorbildhaft sind – Paris, Amsterdam, Rotterdam. Mit allen gibt es auch Austausch, und die sehen auch alle Berlin als Vorbild; das will ich einfach mal sagen, auch wenn wir im Detail über die vielen Probleme sprechen und das Gefühl haben, dass wir langsam vorankommen. Es geht an anderer Stelle auch nicht unbedingt schneller voran, das will ich auch einmal sagen, und es gibt wirklich viele Städte, die nach Berlin schauen, die anfragen, die hierherkommen, die sich anschauen, was in Berlin geschieht. Insofern sollte das auch einmal gewürdigt werden.

Ich bin über die Quartiere am Anfang sehr schnell hinweggegangen. Wir investieren einen Großteil unserer Arbeit in die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Bebauungsplänen für neue Quartiere. Es gibt auch eine Pflicht der Umweltverwaltung, dass Regenwasser auf dem Grundstück oder im Quartier zurückgehalten werden muss. Das wird auch eingehalten. Es wird für alle neuen Quartiere Regenwasserkonzepte, die auch funktionieren, entwickelt. Wir

sind in vielem eingebunden – nicht pflichtweise, sondern freiwillig, aber wir werden in sehr viele Projekte eingebunden –, und es wird auf uns gehört. Es gibt da eine kollegiale Zusammenarbeit. Das bewerte ich eher als positiv, und ich denke nicht, dass die neuen Quartiere die Probleme in der Innenstadt belasten. Das wäre meine kurze Einschätzung. – Danke! Ich hoffe, ich habe alles beantwortet!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Dr. Nickel! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir haben auch nicht geplant, eine zweite Runde zu machen. Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken, dass Sie, Frau Dr. Nickel, uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben, und wünsche auch Ihnen einen schönen Resttag! – Ich schlage vor, die Besprechung zu TOP 3 a und b zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht damit Einvernehmen? – Ich sehe hier Kopfnicken, dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

Punkt 4 der Tagesordnung

a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs — 0126 UK
Umweltbildungszentren in den Berliner Bezirken. Ein erfolgreiches Konzept, Stand der Entwicklungen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs — 0161 UK
Lernen für die Zukunft: Die Entwicklung der Berliner Umweltbildungszentren
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt ist Frau Dörte Martens, Entwicklung und Umsetzung des Masterplans Bildung für nachhaltige Entwicklung und Koordination der gesamtstädtischen Themen zur Umweltbildung, von der Senatsverwaltung für Umwelt anwesend. Zu TOP 4 begrüße ich als Anzuhörende ganz herzlich Frau Lucia Kühn von der Naturschutzstation Hahneberg, und Frau Ursula Müller, Geschäftsführerin des Freilandlabors Britz e.V., Förderverein zur Naturerziehung im Britzer Garten. Ich darf feststellen, dass auch Sie mit den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen der Sitzung einverstanden sind. – Ich sehe Kopfnicken, dann verfahren wir so. Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll zu TOP 4 angefertigt werden soll. – Ich schaue die Ausschussmitglieder an und sehe Kopfnicken, dann verfahren wir auch so. Möchte die antragstellende Fraktion den Besprechungsbedarf zu TOP 4 a und b begründen? – TOP 4 a würde ich als zuständiger Fachabgeordneter begründen und würde meine Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum naturschutz- beziehungsweise umwelt- und naturbildungspolitischer Sprecher der Grünen wechseln.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Wir haben diesen Tagesordnungspunkt beziehungsweise diesen Besprechungspunkt angemeldet, weil wir an alle Danke sagen sollten, die sich in dieser Stadt täglich für die Umwelt- und Naturbildung einsetzen; das sind auch nicht wenige Menschen,

die auch nicht alle bezahlt werden; das sind Tausende. Das ist eine große Ressource, ein großer Schatz für die Stadt und noch einmal danke, dass Sie diese Arbeit täglich machen! Uns war wichtig, als die Fraktion, die diese Umweltbildungszentren in den letzten beiden Koalitionen haben Realität werden lassen, indem wir gesagt haben, dass die kein neues Gebäude brauchen, weil das auch viel kosten würde, und man ein Schild „Umweltbildungszentrum“ anbringen kann, nein, wir haben gesagt, dass es Strukturen vor Ort gibt, die nicht gut genutzt werden, denen auch Finanzen und so weiter fehlen. Die müssen wir stärken. Da bin ich froh, dass wir es tatsächlich auch geschafft haben, mit allen Beteiligten das zu realisieren. Jetzt gibt es in allen Himmelsrichtungen in dieser Stadt Einrichtungen, die tolle Arbeit leisten. Da bin ich auf die Anhörung gespannt und noch einmal danke an dieser Stelle! – So weit von mir als naturschutzpolitischer Sprecher der Grünenfraktion!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich wechsle meine Rolle wieder zum Ausschussvorsitzenden und erteile Frau Vierecke das Wort für die Begründung zu TOP 4 b. – Danke!

Linda Vierecke (SPD): Wirklich nur ganz kurz! – Vielen Dank, dass Sie da sind, vielen Dank für Ihre Arbeit! Ich kann für uns als Koalition nur sagen, dass die Umweltbildung einen ganz wichtigen Stellenwert hat und wir wirklich, gerade als es um die Haushaltsfragen ging, immer geschaut haben, dass da nicht jemand rangeht, weil das wirklich ein Punkt ist, wo es ansetzt, was wir in der Stadt auch ernten. In dem Sinne an die Ehrenamtlichen auf diesem Weg noch einmal danke! Das ist immer diese Zusammenarbeit im Hauptamt und im Ehrenamt. Das ist auch gar nicht so einfach, das alles auszutarieren und gleichzeitig allen seinen Ansprüchen gerecht zu werden, deswegen für Sie sozusagen die Bühne.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke! – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank! – Ich freue mich sehr, dass Sie dabei sind! Frau Müller ist ja seit Jahrzehnten in dieser Frage in Berlin aktiv und insbesondere auch bei Projekten wie „Grün macht Schule“, „Grün macht Schule – KinderGARTEN“, viele Umweltbildungsveranstaltungen. Deswegen bin ich auf die Eindrücke sehr gespannt, auf die Erwartungen, die Sie an uns haben, aber auch auf die Forderungen. Ich freue mich auf die Anhörung!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Ist eine einleitende Stellungnahme des Senats zu TOP 4 a und b gewünscht? – Das ist der Fall. Frau Behrendt, bitte!

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU): Auch ich schließe mich natürlich dem Dank an, wirklich an alle Mitarbeiter, die in dem Bereich Umweltbildung tätig sind und vor allem die das in ihrer Freizeit machen und sich einsetzen. Aus meiner Sicht ist das Thema Umweltbildung extrem wichtig, gerade in diesen Zeiten, in denen wir sind. Ich habe selbst zwei Töchter, die gerade ihr Abitur zusammen machen. Ich weiß, dass diese Generation ganz anders aufwächst als ich es damals bin. Das muss man einmal anerkennen. Ich habe auch viele Gespräche geführt, ich bin ein Jahr im Amt, mit Menschen, die im Bereich Umweltbildung arbeiten. Die sagen, dass es teilweise wirklich erschreckend ist, wenn man mit Kindern spricht, die noch nie ein Schaf in der Natur gesehen haben. Da sind wir gerade in so einer Stadt, die hier radikal schnell wächst, auch in der Pflicht, für die nächste Generation zu tun, was wir können. Das hat für uns sehr große Priorität. Ich denke, dass künftig vor allem beim Thema Umweltbildung auch der gesundheitliche Aspekt immer wichtiger werden wird. Es ist wissenschaftlich erwiesen, wie sich das Dasein in der Umwelt und Natur auch auf den gesundheitli-

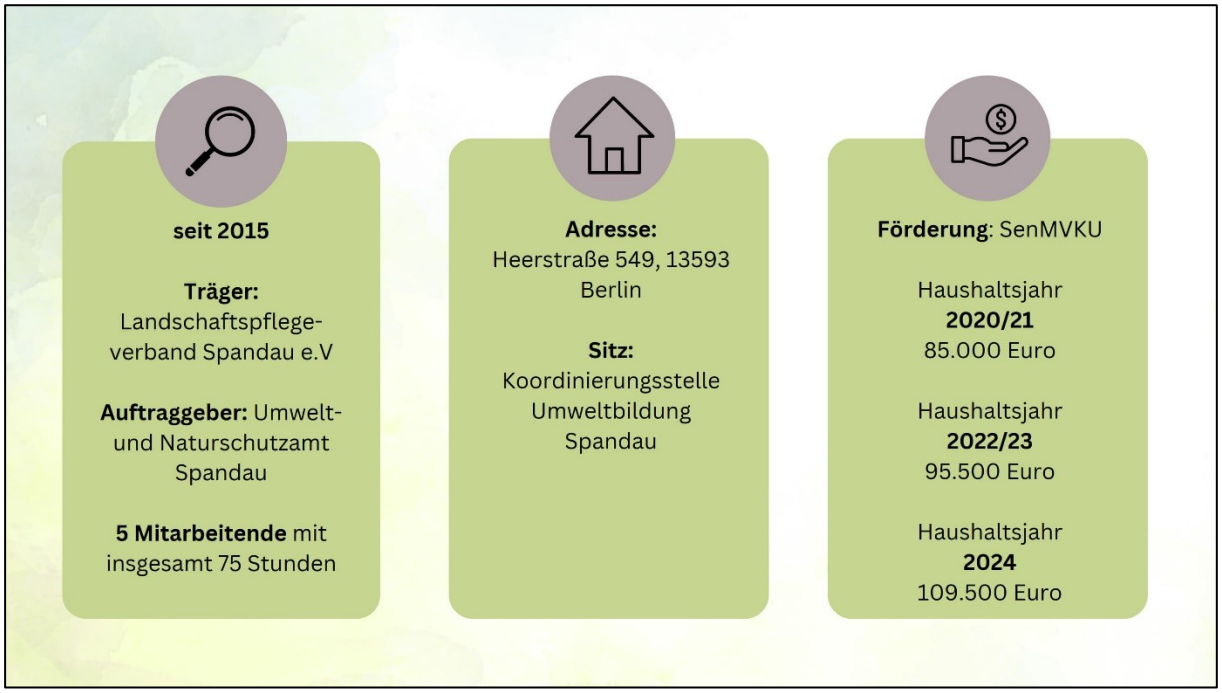
chen Zustand auswirkt und welche positive Wirkungen es da gibt. Gerade für die Generation, die auch durch Corona wirklich so gelitten hat, ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass wir gemeinsam überlegen, wie wir die Angebote verbessern können. Deswegen danke, dass Sie da sind!

Vielleicht noch ganz kurz: Wir sind letztendlich für die Koordinierung der Koordinierungsstellen, die es in den Bezirken gibt, zuständig. Das muss man sagen: Die Bezirke sind in diesem Bereich auch extrem aktiv. Das unterstützen wir ausdrücklich. Die werden nicht nur ideell unterstützt, sondern auch finanziell. Sie bekommen über die auftragsweise Bewirtschaftung Gelder von uns beziehungsweise von Ihnen, die Gelder kommen ja aus dem Abgeordnetenhaus. Im Jahr 2024 wurde eine Erhöhung der Finanzierung von jährlich 80 000 auf 90 000 Euro pro Bezirk vorgenommen, weil wir auch die Tarifsteigerungen und die Inflation ausgleichen müssen.

Nach dem fünfjährigen erfolgreichen Bestehen der Koordinierungsstellen soll nun geprüft werden, welche Möglichkeiten es künftig für eine weitere Finanzierung gibt. Ich glaube, wir müssen auch schauen, dass wir Verlässlichkeit in das System reinbringen, denn das ist ganz wichtig, und das schulden wir Ihnen allen auch. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Behrendt! – Jetzt kommen wir zu den Beiträgen unserer Anzuhörenden, und ich möchte Ihnen das Wort erteilen und Sie darum bitten, dass Sie Ihre Stellungnahme nach Möglichkeit auf fünf Minuten beschränken. Sie werden im Anschluss die Möglichkeit haben, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Bei den Stellungnahmen fangen wir in alphabetischer Reihenfolge mit Frau Kühn an, sie hat eine Präsentation, dann würde Frau Müller das Wort bekommen. – Frau Kühn, Sie haben das Wort.

Lucia Kühn (Naturschutzstation Hahneberg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich heute die Möglichkeit habe, hier da zu sein und stellvertretend die Naturschutzstation Hahneberg als eine von sieben Umweltbildungseinrichtung unsere Arbeit zu präsentieren! Aufgrund der Zeit starte ich auch gleich mit den Eckdaten.



Die Naturschutzstation gibt es seit 2015, und zwar auf Initiative des Umwelt- und Naturschutzamtes in Spandau und unseres Trägers, dem Landschaftspflegeverband Spandau. Seitdem ist das Umwelt- und Naturschutzamt unser Auftraggeber. Wir haben zurzeit 75 Zeitstunden zur Verfügung, die sich auf fünf Mitarbeitende verteilen, um Umweltbildung vor Ort anzubieten. Wir liegen an der Heerstraße 549 in Spandau – ich sage gleich noch etwas zur Besonderheit dieses Ortes –, und wir sind auch Sitz der Koordinierungsstelle Umweltbildung Spandau, die eben auch erwähnt wurde. Ich weiß, dass ein Vortrag heute zur der Koordinierungsstelle ausfällt, der eigentlich angedacht war. Wenn es Fragen zur Koordinierungsstelle gibt, kann ich die vielleicht auch im Anschluss beantworten.

Seit 2020 werden wir von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt gefördert. Wir sind noch eine sehr junge Einrichtung, im Gegensatz zu den anderen bestehenden. Im Jahr 2020 starteten wir mit 85 000 Euro als Fördersumme und sind jetzt bei knapp 110 000 im Jahr 2024 angekommen. Für 2025 wissen wir es noch nicht genau. Erst einmal ein ganz großes Dankeschön für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und für die Möglichkeit, dass wir die Stadt Berlin zukunftsorientiert mitgestalten dürfen!



Zu unserer Lage: Wie der Name schon sagt, liegen wir am Hahneberg. Das ist eine 88 Meter hohe Erhöhung. Man kann in Berlin durchaus Berg dazu sagen. Wenn man auf diesem Berg steht, sieht man die Besonderheit dieses Ortes, denn es prallen zwei Kontraste aufeinander. Wenn man auf die Seite schaut, sieht man ein 40 Hektar großes Landschafts- und Naturschutzgebiet und auf der anderen Seite das Quartiersmanagement Heerstraße Nord, das durch unglaublich viele Hochhäuser des sozialen Wohnbaus geprägt ist, viele interkulturelle Menschen treffen aufeinander, und die Menschen leben dort auf engstem Raum. Natürlich sind die Menschen, die dort leben, auch Besuchende der Naturschutzstation.



Zur Einrichtung selbst möchte ich sagen, dass wir ungefähr eine 8 Hektar große Fläche haben. Wir haben zwei feste Bürogebäude. Die Gartenfläche ist komplett barrierefrei gestaltet, auch die Toiletten, was uns ermöglicht, auch Menschen zu erreichen, die mobil eingeschränkt sind. Wir haben Hochbeete, zum Teil auch unterfahrbar, wir haben eine Scheune für bis zu 80 Personen. Eines meiner Lieblingsprojekte startete letztes Jahr, und zwar sind das auf 800 Quadratmeter gelegene Nachbarschaftsgärten, wo Menschen die Möglichkeit haben, zu gärtnern, die keine Balkone oder Gärten haben. Wir haben viele interaktive Flächen, wie Balancierpfade und eine Weitsprunganlage. Ein großes Highlight ist unsere Schafweide, wo Tiere drauf stehen, mit denen Groß und Klein Kontakt aufnehmen können. Ich sage es einmal so: Es kommt nicht nur bei Kindern gut an. Diese Tiere werden von allen sehr gut angenommen. Es wurde schon gesagt, dass viele Kinder noch nie Kontakt oder die Möglichkeit hatten, Kontakt aufzunehmen. Das ist immer wieder eine große Freue.

Was ich auch noch erwähnen will: Die Gelder, die wir bekommen, gehen ausschließlich in Personalkosten und Betriebskosten. Wartung, Reinigung und Pflege übernimmt dankenswerterweise der Landschaftspflegeverband, unser Träger, was aber ein bisschen problematisch ist, oder wird durch Fördergelder generiert.

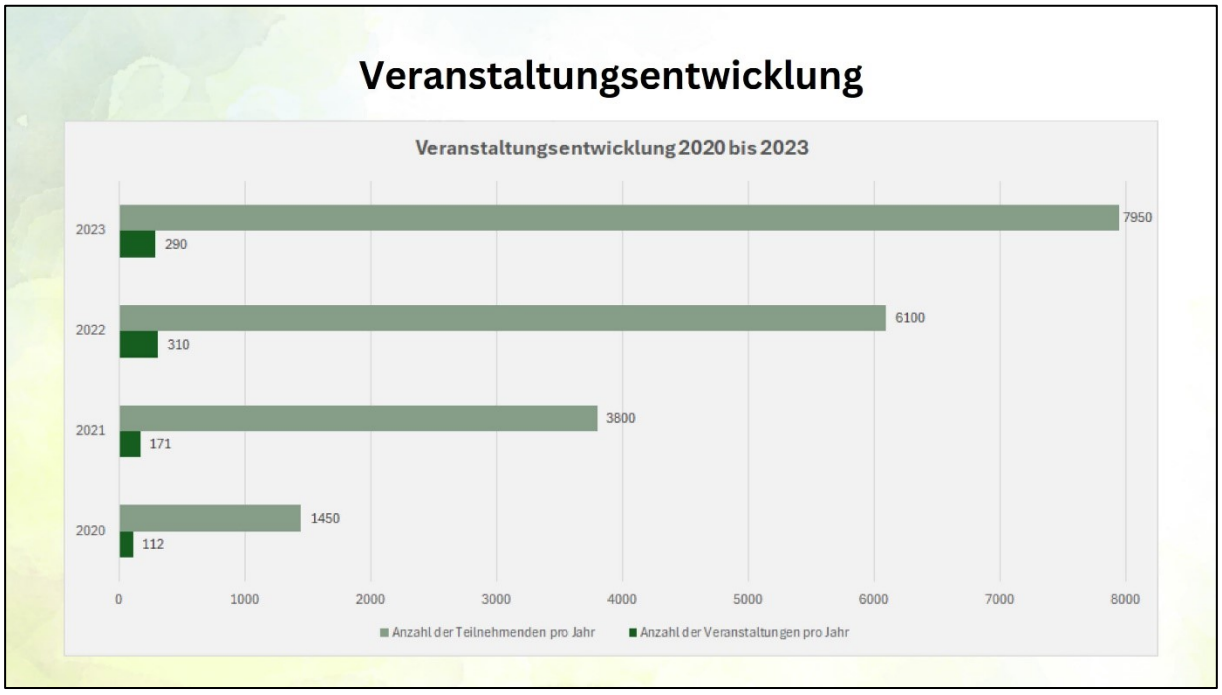


Jetzt habe ich eine Folie zu Zielen und Aufgaben zusammengestellt, auch stellvertretend für andere Einrichtungen. Ich bin mir ganz sicher, dass wir alle ganz ähnliche Ziele verfolgen. Allgemein kann man sagen, dass wir Klimaanpassung, Klimaschutz, Diversitätsschutz, Ernährung, all diese Themen, in die Bevölkerung bringen und eben die Aufmerksamkeit für ihre umgebende Natur nachhaltig stärken wollen. Da wenden wir natürlich ganz klassisch die Natur- und Umweltbildung an. Da kommt auch unser Motto: „Naturerleben mit allen Sinnen für alle Generationen“ – auf der Folie haben sich Fehler eingeschlichen; das tut mir leid! – zur Geltung. Bei uns an der Station ist es so, dass wir wirklich Ein- bis Zweijährige haben, die schon im Kinderwagen den Kontakt zu den Schafen aufbauen, als auch die 90-Jährige, ältere

Dame, die mit Rollator kommt und bei uns mit Naturmaterialien arbeitet und die Sensorik schult.

Wir sind aber auch ein außerschulischer Lernort, und auch da möchte ich die Wichtigkeit noch einmal herausstellen. Gerade in Zeiten nach Corona wo sich einfach unglaublich viele Lücken aufgetan haben, die die Schulen gar nicht schaffen zu stemmen, kommen wir auch zum Einsatz. So ermöglichen wir Naturerfahrung immer mit der Entwicklung von Fähigkeiten gekoppelt wie Schulung von Verantwortungsbewusstsein, Teamarbeit, Motorik/Sensorik, aber auch die Fähigkeit zu reflektieren.

Wir arbeiten interdisziplinär. Das heißt, dass wir unterschiedliche Naturzugänge über Kultur, Kunst, Philosophie und Sport schaffen. Wir wollen auch die Menschen erreichen, die sich vielleicht nicht für Käfer, Kraut und Co interessieren und sie trotzdem in die Natur locken. Ein ganz großes Thema ist bei uns natürlich die Umweltgerechtigkeit, zum einen auch wegen des Ortes. So versuchen wir Naturzugänge entlang der gesamten Bildungsbiografie zu schaffen. Wir haben ein niederschwelliges und auch kostenfreies Angebot, was gerade für Kitas und Schulen aus der Gegen enorm wichtig ist. Auch ein ganz wichtiges Thema: Wir sind gut mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Nicht jeder hat ein Auto, und nicht jeder ist mobil und kann mit dem Fahrrad nach draußen fahren. Natürlich gestalten wir auch Demokratie mit, denn wir sind eine Begegnungsstätte, wo unterschiedliche Menschen aufeinandertreffen, sich austauschen können. Wir zeigen Möglichkeiten, wie man sich in die Gemeinschaft einbringt und wie man selbstwirksam ist.



Zum Schluss noch eine Folie zu den Zahlen, wie sich die Station in den letzten Jahren, seitdem wir gefördert werden, entwickelt hat: Wir sind aktuell bei rund 8 000 Besuchenden mit 300 Veranstaltungen, was eine enorme Zahl ist, finde ich, wenn man bedenkt, wie wenig personelle Mittel wir zur Verfügung haben. Darunter fallen die Kitas, die Schulen, Führungen, Exkursionen, und ich denke, dass man daran ganz gut sehen kann, dass wir erfolgreich den politischen Bildungsauftrag umsetzen und die Naturschutzstation einfach eine sehr wichtige Anlaufstelle für diese Gegend geworden ist. Ich sage so: Die Zahl könnte eine andere sein, denn wir sind bis September ausgebucht. Die Nachfrage ist enorm. Ich weiß, dass es auch bei anderen Bildungseinrichtungen so ist.

In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Kommen Sie gerne zu uns, treten Sie gerne in Kontakt, am 24. Mai ist eine ganz tolle Fachveranstaltung, ich habe auch Flyer dabei, und schauen sich das Ganze einmal vor Ort an!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Kühn! – Frau Müller, Sie haben das Wort!

Ursula Müller (Freilandlabor Britz e.V.): Ich möchte auch ganz herzlich für meine Einladung danken! Ich möchte es ganz kurz machen; fünf Minuten sind sehr kurz. Meine Einrichtungen sind ein bisschen umfangreicher. Alles das, was Frau Kühn zu den Aufgaben erzählt hat, trifft eigentlich auf alle Berliner grüne Lernorte zu. Ich bin auch stellvertretend für die anderen da.

Das Freilandlabor Britz e.V. unterhält als Umweltbildungsstandort seit 1987 das Umweltbildungszentrum im Britzer Garten, das Freilandlabor, und seit 2010 den Sommerveranstaltungsort Forscherzelt auf dem Tempelhofer Feld, aber wir machen noch ein bisschen mehr an Umweltbildungsarbeit. Es wurde schon das Thema „Grün macht Schule“/„Grün macht Schule – KinderGARTEN“ erwähnt, wo wir auch Fördermittel haben. Frau Dr. Nickel hat die Schulhofprojekte im Entsiegelungsprogramm erwähnt. Da sind wir über die Bildungsverwaltung beteiligt. Neben diesen Umweltbildungsstandorten ist unsere spezielle Arbeit in verschiedenen Projekten. Das eine ist die Ökolaube und das neue Projekt seit 2021 Urbane Waldgärten am Britzer Garten, wo wir das BfN-geförderte Projekt mit der Universität Potsdam und dem Bezirksverband Berlin-Süden der Kleingärtner zusammen entwickeln, praktisch urbane Waldgärten als Kleingartenpark. Wir haben dort den Umweltbildungspart, den dort mit zu entwickeln. Ab diesem Jahr wird dort auch der Umweltbildungsbetrieb richtig starten. Es ist eine spannende Sache, weil wir dort zeigen können, wie sich ein Garten in die Richtung eines Waldgartens entwickeln wird. Das machen wir derzeit mit drei Kooperationsschulen.

Außerdem ist ein wichtiger Schwerpunkt, da wir im Wesentlichen in Neukölln angesiedelt sind, vor allen Dingen die Arbeit in den Stadtquartieren. Wir haben über Quartiersmanagementmittel derzeit vier Stadtquartiersprojekte gefördert, wo wir entweder Umweltbildungsangebote mit allen Einrichtungen, also nicht nur mit Schulen und Kitas, sondern auch mit Familienzentren und Nachbarschaftszentren und Kinderfreizeiteinrichtungen zusammen durchführen und entwickeln. Ein jetzt neues Thema, dadurch, dass es auch im sozialen Stadtprogramm mitaufgenommen wird, wird auch das Thema nachhaltiges Quartier immer bedeutsamer. Die Zielgruppen der vier Quartiermanagements sind wirklich Familien, vielfach mit Migrationshintergrund und zu überwiegenden Anteilen mit ALG-II-Hintergrund. Wir versuchen dort, kontinuierliche Umweltbildungsarbeit durchzuführen, die allerdings zeitlich eben begrenzt ist. Solche Projekte gehen immer nur über zweieinhalb Jahre. Wir haben derzeit das Problem, dass in Neukölln einige Quartiermanagements verstetigt werden. Das heißt, dass diese Förderung 2027 auslaufen wird und wir noch nicht wissen wie wir diese unendlich wichtige Arbeit dort durchführen.

Ein wichtiger Aspekt ist mir, hier bei Ihnen im Ausschuss zu vermitteln, dass Umweltbildung so früh wie möglich anfängt. Es wird vielfach in Berichten immer wieder nur der Fokus auf Schule gelegt. Wir waren einer der ersten, die angefangen haben, mit Kitas zu arbeiten. Bei uns kommen, sage ich mal, eher die Kinder ab vier Jahren. Die, die in der Umgebung sind, kommen schon mit Kindern ab drei Jahren. Was auch ein wichtiger Schwerpunkt ist, der auch in den grünen Lernorten durchgeführt wird, ist die Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften. Das Freilandlabor hat circa 50 Fortbildungsveranstaltungen im Jahr, die teilweise über einen Tag oder mehrere Tage gehen. Es fängt bei den Tagesmüttern/Tagesvätern an, für die Kinder unter drei Jahren an, die wir qualifizieren, die Erzieherinnen und Erzieher und natürlich auch die pädagogischen Lehrkräfte wie auch Hort-Erzieherinnen und -Erzieher, die wir

fitmachen wollen, selbstständig in den Kitas, in den Schulen Umweltbildungsprojekte durchzuführen, die ein großes Interesse haben. Die Fortbildungen sind alle voll. Wir müssen vielen auch absagen. Wir haben vor allen Dingen auch neue Herausforderungen durch verstärkte Schulgartenarbeit oder auch überhaupt Gemeinschaftsgartenarbeit, dass auch dort viel Qualifizierungsbedarf existiert, um diese neuen Entwicklungen auch beständig und nachhaltiger zu gestalten.

Ganz kurz nur die Zahlen: Das Freilandlabor Britz e.V. und der Standort Tempelhof haben zusammen ungefähr über 300 Gruppen im Jahr. Wir haben alle Altersgruppen in den Schulen und auch in den Kitas bis zum Abitur, wobei alles ab der 7. Klasse für die Schulen zeitorganisatorisch immer sehr schwierig ist, zu uns zu kommen. Wir haben natürlich auch Wochenendveranstaltungen. Im Britzer Garten sind das über 130 Veranstaltungen im Jahr. Hier geht ein starker Trend wirklich in die Richtung, dass wir immer mehr für Familien anbieten sollen. Die Erwachsenenführungen gehen in bisschen zurück, aber das hat vielleicht noch mit den Nachwirkungen von Corona zu tun. Alleine an beiden Standorten, praktisch an den Schulklassen, die Kitagruppen und auch die Wochenend- und Ferienveranstaltungen, haben wir ungefähr eine Besucherzahl von 25 000 bis 30 000 an den Standorten. Ich will es damit belassen!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Müller! – Wir kommen jetzt zur Aussprache. Ich habe auf der Redeliste Frau Gennburg. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Vierecke, Herr Bertram. – Dann fangen wir mit dem Redebeitrag von Frau Gennburg an. – Bitte!

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Ich hätte noch ein paar Nachfragen. Ich hatte neulich in meinem Wahlkreis einen Termin mit der Waldschule und habe versprochen, auch ein paar Fragen in die Befassung hier im Parlament aufzunehmen, was ich sehr gerne tue. Wir sehen ja, dass insgesamt durch die höhere Nutzung von Grün- und Waldflächen insgesamt möglicherweise ein Zusammenhang mit der Verdichtung und Bebauung von Grünflächen in der Stadt besteht – ein schöner Anschluss an das Thema, das wir davor hatten. Was wir zum Beispiel jetzt bei uns im Plänterwald erleben, dem Wald, wo auch die Waldschule aktiv ist, die uns berichtet hat, ist, dass es inzwischen richtig schwierig ist, auch auf den Flächen, die sie im Wald schon seit Jahrzehnten nutzen, weiterhin die Umweltbildung zu machen, weil diese Flächen immer mehr von viel mehr Leuten mitbenutzt werden. Es gibt richtig harte Nutzungskonkurrenzen im Wald. Ich hatte versprochen, das hier einzuspeisen. Meine Frage wäre ganz einfach, ob Ihnen dieses Thema auch bekannt ist. Wie gehen Sie damit um? Welche Empfehlungen haben Sie? Wie geht man mit höherer Nutzung dieser Flächen um?

Dazu gehört auch die zunehmende Trockenheit. Die Waldschule hat uns bei dem Termin berichtet, dass es durch die vertrockneten Bäume im Wald zunehmend gefährlicher wird, was ein Problem ist, weil die vertrockneten Bäume auch zu einer Verletzungsgefahr führen. Das Hauptproblem ist eben, dass die Waldschulen dafür haften müssen. Haben Sie mit diesem Thema auch zu tun? Befassen Sie sich damit? Ist das Thema vielleicht schon in der Senatsverwaltung, unabhängig davon, dass wir alle dafür sorgen müssen, dass es den Wäldern besser geht? Gibt es vielleicht schon ein paar Handlungshinweise?

Dann die Frage, was die finanzielle Ausstattung anbelangt. Frau Kühn hat Auskunft über die finanzielle Ausstattung gegeben. Uns allen ist bekannt, dass die Stellen im Bereich Umweltbildung nicht zu den bestbezahltesten im Land Berlin gehören, um es einmal vorsichtig zu

formulieren, sondern – Herr Altuğ hat es heute schon gesagt – dass viel auch ehrenamtlich getragen wird, aber insgesamt die Löhne, sagen wir einmal, ausbaufähig sind. Da wäre die Frage, wie es eigentlich aussieht: Nach der Tarifanpassung und neuer Eingruppierung entspricht das immer noch nicht einem Hochschulabschluss und den erworbenen Zusatzzertifikaten und Weiterbildungen. Wie stehen Sie dem gegenüber? Sicherlich ist es auch nicht so ganz einfach. Der Geldgeber sitzt hier im Raum. Wie schätzen Sie die finanzielle Ausstattung ein? Was ist aus Ihrer Sicht da auch zu tun, damit die Leute gut bezahlt werden, nicht nur in Zeiten der Inflation?

Ansonsten würde mich noch interessieren, welche Probleme Sie in Ihrer Arbeit haben, auch zum Thema – hat sicherlich mit den Nutzungskonkurrenzen zu tun – Vermüllung. Wie ist da Ihre Einschätzung? Dann wäre es erst einmal von mir. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Gennburg! – Frau Vierecke, bitte!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank für die Ausführungen und auch für das Mitnehmen an diesen schönen Ort! Da hat man wirklich gleich Lust bekommen hinzugehen. Ich habe eine Frage zur Zusammenarbeit mit den Bezirkskoordinierungsstellen. Da würde mich interessieren, wie das Ihnen hilft und Sie in Ihrer Arbeit unterstützt. – Zur Bezahlung: Mein Eindruck ist, dass sehr oft Frauen in dem Bereich arbeiten. Vielleicht können Sie zu den Mitarbeitenden etwas sagen. Wenn Sie fünf Mitarbeitende haben, arbeiten die bei den Konditionen noch bei anderen Trägern oder wie machen Sie das in der Umsetzung? Das ist sicherlich nicht so ganz einfach. Das würde mich interessieren. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke! – Herr Bertram!

Alexander Bertram (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von meiner Seite an die Anzuhörenden! Sehr interessant, was wir heute erfahren haben! Ich hatte in den letzten Monaten eine ganze Reihe an Schriftlichen Anfragen im Bereich Natur- und Umweltbildung gestellt. Daher freue ich mich auch, dass wir das Thema heute noch einmal besprechen, besonders, weil es mir auch die Möglichkeit gibt, bei einer Sache beim Senat nachzufragen, weil mich da einige Antworten etwas befremdet hatten. So haben Sie mir auf die Frage nach den Kenntnissen über Angebote und Kooperationen zur schulischen und außerschulischen Natur- und Umweltbildung der Naturschutzverbände erklärt, dass dem Senat keine Kenntnisse vorliegen. Das hat mich doch ein bisschen befremdet, da der Umweltkalender der Stiftung Naturschutz selbst eine ganze Reihe dieser Angebote ausweist. Sie sind selbst Stiftungsratsvorsitzende, Frau Staatssekretärin. Daher würde mich doch interessieren, wie es sein kann, dass Sie beziehungsweise der Senat über diese Angebote selbst keine Kenntnisse haben. Das steht gewissermaßen im Widerspruch zu Ihren Ausführungen gerade.

Dann noch ein weiterer Punkt: Bedauerlicherweise ist in der Umweltbildung eine zunehmende Tendenz zu beobachten, dass eher nur noch eine technische Betrachtung von Umweltfragen in den Mittelpunkt gerückt wird und diese originäre Naturbegegnung in den Hintergrund rückt. Daher habe ich mich sehr gefreut, dass Sie, Frau Kühn, das Thema Naturerleben so in den Mittelpunkt Ihrer Ausführungen gestellt haben. Da würde mich interessieren, welche Unterstützung Sie sich unsererseits wünschen würden, um gerade diesen Bereich stärken zu können. Da ist sicherlich noch einiges, was da möglich ist. Da würden wir Ihnen gerne unter die Arme greifen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Bertram! – Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank! – Es ist wirklich toll, Sie mit Ihrem besonderem Engagement in Berlin zu wissen, Frau Kühn, Frau Müller, und all die Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die Sie dort haben. Der erste Gedanke ist, dass wir mit unseren Haushaltsberatungen Ihnen, glaube ich, manchmal ein kleines bisschen Kummer machen, nämlich wenn die sich ein bisschen verzögern, Bewilligungsbescheide dann ein bisschen später kommen. Wir hatten uns in der letzten Woche, Frau Kühn, und auch Herr Hartl [phonet.], der hinten mit im Publikum sitzt, uns dazu persönlich ausgetauscht. Ich glaube, niemand hier im Raum möchte gern dazu beitragen, dass Sie Personal verlieren, dass Sie Projekte nicht stemmen können, dass Umweltbildung reduziert werden muss, dass Gruppen abgesagt werden muss, und trotzdem ist das ein bisschen Alltag bei Ihnen, Frau Kühn. Vielleicht können Sie uns daran teilhaben lassen und was Sie sich da wünschen würden.

Frau Müller! Sie mit Ihrer Erfahrung haben schon viel erlebt, viele Regierungen kommen und gehen sehen. Gibt es etwas, wo Sie sagen, gerade bei dem Thema Bewilligungsbescheide, Haushaltsberatungen, wo Sie sich mehr Unterstützung wünschen? Für uns ist es auch ein schwieriges Unterfangen. Wir werden meist im Dezember fertig. Natürlich ist dann für Sie im Januar noch nicht alles vorbereitet und fertig. Wie überbrücken Sie dann so eine Phase auch personell, finanziell? Da haben Sie mit Sicherheit eine besondere Expertise.

Der zweite Gedanke ist: Wir werben auch immer für ehrenamtliches Engagement in der Stadt. Jetzt sind Sie ganz konkret unterwegs und gewinnen und binden auch jüngere wie ältere Menschen, sich vielleicht auch ehrenamtlich zu engagieren. Wie ist da aus Ihrer Sicht die Entwicklung und Bereitschaft in unserer Stadt? Sind die Menschen bei Ihnen noch gerne ehrenamtlich aktiv? Gibt es die Struktur noch her? Können Sie auch auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der ehrenamtlich Aktiven eingehen, oder sagen Sie: Das wird immer schwerer. Wir sind eigentlich ganz froh, wenn wir das mit professionellen Strukturen und Kräften organisieren können –? Für uns als CDU-Fraktion ist das Ehrenamt wirklich eine wesentliche Stütze unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir gerne immer unseren Teil dazu beitragen, dass auch Sie gutes Ehrenamt anbieten, aber eben auch organisieren und durchführen können.

Der letzte Gedanke: Wenn wir uns ein bisschen genauer anschauen, wer Umweltbildung in Anspruch nimmt und welche Kapazitäten vorhanden sind, höre ich, dass es meist im schulischen Bereich beginnt, aber dass im Kitabereich noch Defizite sind; das haben Sie, glaube ich, erwähnt, Frau Müller. Was können wir darüber hinaus tun? Sind es vielleicht auch die Kitas selbst, die wir durch Projekte wie „Grün macht Schule – KinderGARTEN“ stärker für diese Themen sensibilisieren? Jetzt wissen wir alle aus dem Kitaalltag, dass die Menschen, die dort arbeiten, im Schwerpunkt damit beschäftigt sind, überhaupt die Kitastrukturen möglich zu machen. Darüber hinaus jetzt noch Umweltbildung vorzunehmen, wäre vielleicht viel verlangt. Was kann man insbesondere mit den Trägerinnen und Trägern machen? Wie könnte da eine Verstetigung und Verbesserung aussehen?

Letzter Gedanke im Zuge dessen, die Wissensvermittlung: Jetzt gehen sehr viele Menschen mit besonderer Naturerfahrung auch in Rente, bringen sich dann vielleicht noch ehrenamtlich ein, aber gibt es dazu schon Gedanken, wie wir eigentlich dieses besondere Wissen auch bündeln, erhalten, weitereinbinden können? Da würde mich auch interessieren, wie Sie das mit

Ihrer jahrzehntelanger Erfahrung händeln, Frau Müller, aber gerne Frau Kühn, falls Sie dazu auch schon Erkenntnisse oder mit den Vorgängerinnen und Vorgängern dazu gesprochen haben. Lassen Sie uns gerne daran teilhaben. Wie wird dieses Wissen erhalten und weitergenutzt? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Ich bin auch auf der Redeliste und würde meine Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum Sprecher für Umwelt- und Naturbildung wechseln.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): In dieser Funktion möchte ich meinen Redebeitrag leisten, und zwar: Ich habe mich vorhin bei allen, die sich in dieser Stadt für Umwelt- und Naturbildung einsetzen, bedankt. Heute reden wir hier über Umweltbildungszentren, und ich möchte mich auch bei Frau Staatssekretärin Behrendt, bei ihrem Team und bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Senatsverwaltung, die seit Jahren sehr engagiert sind, sich da einbringen, bedanken und natürlich auch danke an die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, die sich bei den letzten Haushaltsberatungen dafür eingesetzt haben, dass diese Umweltbildungszentren und weitere Umweltbildungs- und Naturbildungseinrichtungen weiterhin gefördert werden und es auch einen kleinen Zuwachs gab. Meine Bitte wäre auch an die Verwaltung beziehungsweise an die politische Führung der Verwaltung, dass man aufgrund dieser Einsparungen wegen der PMA nicht bei diesen Einrichtungen einspart. Das sind kleine Beträge, und man sagt: Mit wenig viel bewegen. – Solche Einrichtungen sind ein gutes Beispiel. Das sind tatsächlich 80 000 Euro, und manche arbeiten mit 30 000, 40 000 Euro im Jahr und machen viel ehrenamtliche Arbeit und dann soll man bei denen kürzen; das wäre nicht gut. Das wäre, wie gesagt, an dieser Stelle meine Bitte, dass, wenn diese Summe, die aufgrund der PMA eingespart werden sollte, weniger geworden ist, Ihre Verwaltung da hart bleibt. Wenn ich das mit diesem 29-Euro-Ticket vergleiche: Ich finde das sinnlos, dreistellige Millionenbeträge werden zur Verfügung gestellt, und dass man bei diesen Einrichtungen einspart, wäre überhaupt nicht gut.

Wir haben über Waldschulen geredet, wir haben auch über Parkmanager, Naturranger und so weiter geredet. Ich habe neulich zwei Schriftliche Anfragen zur Stiftung Naturschutz Berlin und die Umwelt- und Naturbildungsarbeit bei der Stiftung gestellt. Das zeigt, dass die Stiftung auch sehr aktiv ist. Ich kenne keine andere Großstadt auf dieser Erde, nicht nur in Europa, in der es so viele Einrichtungen gibt, die, die tatsächlich nicht so von Überzeugung, diese Arbeit leisten. Deshalb meinte ich vorhin in meiner Begründung, dass das ein Schatz für die Stadt ist, den wir alle gemeinsam parteiübergreifend schützen und wertschätzen sollten. Hier haben wir Einigkeit, was das betrifft. Ich habe ein paar kurze Fragen an die Verwaltung, aber auch an Frau Kühn beziehungsweise Frau Müller.

An die Verwaltung: Wir haben als Grüne bei den letzten Koalitionsverhandlungen versucht, BNE, Bildung für nachhaltige Entwicklung, auf die Senatsebene zu heben oder es zu fördern, könnte man sagen, oder zu installieren, wie es in Hamburg seit Jahren der Fall ist, wo auch die SPD mit den Grünen regiert. Das wurde in Berlin leider durch die SPD bei den Koalitionsverhandlungen verhindert. Wie schätzen Sie das ein? Würde das etwas bringen?

Die zweite Frage wäre, wie die Zusammenarbeit mit der Bildungsverwaltung ist. Ich meine, dass Umweltbildung nicht nur Aufgabe der Umweltverwaltung ist, sondern vor allem auch Aufgabe der Bildungsverwaltung. Soweit ich weiß, gab es auch einige neue Stellen bei der

Senatsbildungsverwaltung, und es gab auch eine Vereinbarung zwischen den beiden Verwaltungen als Herr Stefan Tidow Staatssekretär war. Wie ist der Stand, was das betrifft?

Frau Müller! Vielen Dank! Ich freue mich zu hören, dass dieser Waldgarten in Süd-Neukölln, wie es geplant war, fortgeführt und realisiert wird. Ich freue mich, dass Sie bei der Finanzierung durch das Land Berlin mitwirken konnten. Damals musste dieses Projekt über das Land Berlin kofinanziert werden, weil es auch eine Bundesförderung gab. Danke dafür, dass Sie sich dort einbringen! Ich möchte Sie fragen, wie aktuell der Stand der Dinge ist. Sie haben es kurz angesprochen, aber wie ist aktuell Ihre Arbeit? Dort gab es auch Baumpflanzungen und so weiter. Das ist ein gutes Beispiel, was die Umweltbildung, aber auch Kleingarten und Baumanpflanzungen et cetera betrifft.

Frau Kühn! Danke hier persönlich an Sie und auch an Ihr Team! Als ich 2015 von Ihrer Einrichtung gehört und erfahren habe, dass das Land Berlin keinen Cent dafür zur Verfügung gestellt hat und stellt, habe ich zugesagt, falls wir regieren, ich mich mit aller Kraft dafür einsetzen werde, das war 2016 dann der Fall. Da freue ich mich, und noch einmal danke schön für diese tolle Arbeit, vor allem deshalb, weil Ihre Einrichtung in einem sogenannten einkommensschwachen Gebiet ist. Das ist nicht selbstverständlich für diese Menschen, solche Angebote zu haben. Mich würde interessieren, wie die Zukunftspläne bezüglich der Erweiterung der Naturschutzstation sind, wobei Sie, wie gesagt, in den letzten fünf Jahren viel erreicht haben. Dennoch würde mich interessieren, wie es weitergehen soll. – So weit von mir und sorry, dass es etwas länger war als geplant!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich würde meine Rolle wieder vom Sprecher für Umwelt- und Naturbildung der Grünenfraktion zum Ausschussvorsitzenden wechseln und würde zuerst das Wort an unsere Anzuhörenden erteilen. Jetzt Frau Müller, geänderte Reihenfolge, danach Frau Kühn, dann würde die Senatsverwaltung beziehungsweise Frau Staatssekretärin auf die Fragen eingehen. – Frau Müller, bitte!

Ursula Müller (Freilandlabor Britz e.V.): Vielen Dank! – Wir teilen uns das mal ein bisschen auf. Ich würde mit dem ganzen Haushalts- und Personalthema anfangen. Zum einen muss man berücksichtigen, dass die meisten grünen Lernorte, die über die Zuwendungen finanziert werden, nur Teilzeitkräfte haben und dass wir dementsprechend, mit den Raumkapazitäten auch, aber vor allen Dingen mit den Personalkapazitäten begrenzt sind, was uns zum Beispiel nicht oder kaum möglich macht, grundlegend praktisch die externe Umweltbildung in Stadtquartieren durchzuführen. Das geht nur über besondere Fördermaßnahmen beispielsweise.

Wir haben auch in den nächsten Jahren das Problem, dass wir einen Wissenstransfer durchführen müssen. Ich werde wahrscheinlich Ende 2025 meinen Ruhestand antreten, hoffe ich, aber wir schauen natürlich, dass wir neue Strukturen auch in den Vereinen entwickeln, sodass das, was wir – ich bin seit 1983 in dem Bereich tätig – dort an Wissen erworben haben auch ausreichend weitergeben. Ich möchte hier auch meinen Dank mal an unsere ganzen Teams ausdrücken, die alle hochengagiert arbeiten!

Haushaltstechnisch ist es so, dass wir ein bisschen an die Grenzen unserer Zuwendungen gekommen sind. Das eine ist, dass wir in den letzten Jahren die TV-L-Anpassungen immer praktisch auch bekommen haben, wenn wir Erhöhungen des TV-L hatten. In diesem Jahr habe ich dazu noch keine Zusage, abgesehen von den Koordinierungsstellen. Das Freilandlabor

hat auch die Neuköllner Koordinierungsstelle, aber für die institutionelle Zuwendung habe ich diese Zusage derzeit noch nicht bekommen beispielsweise, sodass die Erhöhung an meine anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Moment noch aussteht und wir schauen müssen, wie wir damit fertig werden. Das ist aber nicht das Einzige, sondern alle grünen Lernorte – wir haben uns dazu abgesprochen – haben das große Problem, dass gleichzeitig unsere laufenden Betriebskosten, also nicht nur die Energiekosten, sondern auch die andere laufenden Betriebskosten, enorm gestiegen sind, sodass praktisch die Existenz, wenn wir nicht diese anderen Drittmittelförderungen im begrenzten Rahmen hätten, schon … [knirsch?] wird.

Die Energiekosten sind das eine. Ich habe noch eine sehr glückliche Situation, da ich in Gebäuden von Grün Berlin bin, aber auch hier sehe ich – ich bekomme die ganzen Nachzahlungsforderungen, es ist egal, ob wir Material oder Ähnliches brauchen –, dass die Kosten enorm gestiegen sind. Da müssen wir einfach sagen, dass ich froh bin, dass wir existieren. Ich mache das schon über 40 Jahre, und auch dort ist Berlin durchaus ein Vorbild. Zu uns kommen sehr viele Leute aus Finnland, aus Italien, aus Japan werden demnächst welche wieder kommen, und informieren sich über diese Arbeit. Trotzdem muss ich als Geschäftsführerin immer klagen, das ist logisch, und sagen, dass es nie genug Geld ist. Wie gesagt, wir weisen einfach jetzt erst einmal darauf hin, dass es langsam an die Kapazitätsgrenzen geht.

Was ich vorhin schon sagte, es wird immer enorm wichtiger, gerade für Kindertagesstätten, die sind nicht so flexibel wie eine Schulklasse, dass es vielleicht auch in der Umgebung Angebote gibt, die sie mit kurzen Wegen erreichen können, oder die man vor Ort fördern kann. Das heißt, dass ich eigentlich sage, dass es so ein ähnliches Programm wie Nemo auch für die Kitas geben müsste, weil die noch weniger flexibel sind. Die Kinder können nicht so weit laufen.

Das Thema Hitzeschutz haben wir vor allen Dingen in Tempelhof, weil es da so ist, dass unsere Gruppen im Juni, wenn die große Hitze wirklich dann da ist, in unserem Zelt nicht arbeiten können. Wir weichen dann nach draußen unter die Bäume aus, aber auch dort ist es so, dass am meisten die Kitas absagen müssen, weil sie den kleinen Kindern nicht zumuten können, aufs Tempelhofer Feld zu kommen. Das sind von der Oderstraße beispielsweise 500 Meter bis einen Kilometer, die sie laufen müssen. Gerade für diese Neuköllner Kitas wäre es unendlich wichtig, dass sie uns besuchen können, aber wir switchen dann um und kommen notfalls in die Kita.

Die angesprochenen Haushaltsprobleme, die wir haben: Ja, wir haben seit Jahrzehnten das Problem, dass der Monat Januar/Februar ein Hangelmonat für jeden Verein ist, weil wir, auch wenn der Haushalt beschlossen ist, so zwei Monate trotzdem die Gehälter zahlen müssen. Meine Leute sind auch schon sehr großzügig und sagen: Gut, okay, wir schauen mal, wie wir mit unseren Mitteln auskommen. – Es wäre gut, wenn man dort Lösungen finden würde. Ich weiß natürlich, wenn man einen Doppelhaushalt neu beschlossen hat, dann ist es ein Problem, aber ich muss darauf hinweisen, dass die Vereine am Anfang des Jahres eigentlich nicht das Eigenkapital haben, um praktisch für zehn Leute Gehälter zu zahlen.

Bei der institutionellen Zuwendung ist es manchmal auch das Problem, dass wir manchmal dadurch, dass wir auch Einnahmen erzielen und manchmal es nicht einschätzen können, was am Ende des Jahres noch eingeht oder nicht, sehr flexible Haushalte haben. Das Zuwendungsrecht ist darin sehr starr. Ich kann jetzt 40 Jahre Zuwendungsrecht, aber es gibt derzeit auch Diskussionen. Es gibt eine Plattform, die über Zuwendungsrecht redet. Wir brauchen eine größere Flexibilität, was für die freien Träger eben auch da ist. Dann kann man auch besser arbeiten.

Vor allen Dingen, was man auch nicht vergessen darf, das möchte ich hier auch einmal anführen, ist der Verwaltungsaufwand, nicht für die Verwaltung der Zuwendungen, sondern der allgemeine Verwaltungsaufwand gestiegen, zum Beispiel für das ganze Thema Personal und so weiter und was eben noch so alles kommt. Wir müssen immer viel mehr Leistungen machen. Als freie Träger kommen wir damit auch langsam in Bredouille, diese ganzen Auflagen alle zu erfüllen, die vonseiten des Steuerrechts, Personalversicherung und alles Mögliche gefordert werden. Das mal nur so am Rande erwähnt!

Zum Thema Kitas, das habe ich am Rande schon angeführt: „Grün macht Schule – KinderGARTEN“ fördert ähnlich wie „Grün macht Schule“ die Freiflächengestaltung an Kitas. Im Moment ist es so, dass auch hier die Kostensteigerungen voll zugeschlagen haben. Das Holz für Spielelemente wird immer teurer. Wir haben im letzten Jahr noch ungefähr 60 Kitas gefördert, wir haben direkte Fördermittel neben der Koordinierungsstelle für das Projekt, circa 120 000 Euro für ganz Berlin. Wir fördern alles, egal ob 100 Blumenzwiebeln oder ein kleinerer Spielbereich, natürlich auch viele Pflanzungen und Ähnliches. Das wird auch immer schwieriger. Wir werden wahrscheinlich in diesem Jahr, wenn wir sehr viele größere Projekte haben, dann sicherlich etwas weniger Projekte fördern. Da gibt es noch Luft nach oben, die wir dringend benötigen. Wir schauen gerade auch nach Fördermitteln, die wir irgendwo einwerben können.

Auch das Thema, was ich vorhin schon sagte, Zielgruppen: Familien mit Migrationshintergrund gehen nicht unbedingt von sich aus in die grünen Lernorte, sondern dort brauchen wir eigentlich Angebote vor Ort. Das sollte nicht von besonderen Förderungen abhängig sein, wie Quartiersmanagementmittel, sondern da müssten wir neue Konzepte entwickeln, genauso wie für eine Zielgruppe – ich sage mal – Menschen mit Handicap. Wir machen zum Beispiel auch Angebote für demenzkranke Menschen und ihre Angehörigen, aber auch bei Kindern/Jugendlichen. In diesen Zielgruppen haben wir in den grünen Lernorten noch nicht viel bieten können, weil das eine völlig andere personalintensive Arbeit ist, die wir nicht leisten können. Ich selbst arbeite mit einem Verein zusammen, mache das halbehrenamtlich, weil sie mir wichtig sind und weil die Leute unwahrscheinlich toll sind. Die können viel machen, begreifen viel. Wir haben noch viele Zielgruppen, die noch berücksichtigt werden müssen.

Die Nutzungskonkurrenzen, die Anfrage auf den Flächen, habe ich nicht so sehr, weil ich mich auf Geländen von Grün Berlin bewege, wo wir nicht für die Haftung der Grünflächen zuständig sind und wir auch nicht in dem Sinne die Nutzungskonkurrenzen im Britzer Garten haben. Auf dem Tempelhofer Feld ist es manchmal schon schwierig, aber wir arbeiten dort auch mit der Umweltbildung, mit der Beweidung und auch mit den Kolleginnen und Kollegen der Grün Berlin zusammen und wollen Konzepte entwickeln, zum Beispiel wie wir mehr Verständnis für den Naturschutz bei den Besucherinnen und Besuchern des Tempelhofer Felds erzeugen. Müll ist dort ein Riesenthema, und dort können wir eigentlich nur mit Umweltbil-

dungsmaßnahmen daran arbeiten, das in irgendeiner Form zu regeln. Für 300 Hektar Park reichen derzeit die ganzen Angebote des Tempelhofer Felds zum Thema Umweltbildung noch nicht aus. Da können wir noch mehr nach oben machen.

Sie hatten noch die Frage von Umweltbildung und technischer Orientierung. Dem möchte ich einfach widersprechen. Es ist ein ausgewogenes Verhältnis. Das Naturerleben steht bei vielen Schulen und Kitas immer noch im Vordergrund, und es ist auch wichtig, aber auch die Themen wie Bildung für nachhaltige Entwicklung, globale Bildung sind Themen, die wir aufnehmen. Wir haben im Rahmen von so zweieinhalb Unterrichtseinheiten Angebote wie zum Beispiel, wo die Schokolade herkommt, wo mein T-Shirt herkommt, und wir haben auch Anfragen für Umweltprojektwochen. Im letzten Jahr habe ich in der Grundschule in der High-Deck-Siedlung mit der Schule zusammen eine Umweltprojektwoche mit 40 Schulklassen durchgeführt. Dort passiert unwahrscheinlich viel, mit einem hochmotivierten Team, die sich auch im Quartier – High-Deck-Siedlung, das Problem kennen wir – engagieren und versuchen, mit den Kindern unwahrscheinlich viel zu entwickeln. Auch hier ist der wichtige Punkt immer, da ich auch Quartiersarbeit mache, dass wir die Familien mit ins Boot holen müssen. Ohne die geht es leider nicht. – Jetzt würde ich an dich weitergeben. Ich hoffe, ich habe nichts vergessen!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Frau Müller, das wäre meine Aufgabe, vielen Dank! – [Ursula Müller (Freilandlabor Britz e.V.): Entschuldigung!] – Frau Kühn, bitte!

Lucia Kühn (Naturschutzstation Hahneberg): Ich versuche mal, durch die Punkte durchzujagen. Das Erste, was ich mir aufgeschrieben habe, ist die höhere Nutzung, Nutzungsdruck von Flächen: Ja, der besteht bei uns am Hahneberg definitiv. Ich sage mal so: Die meisten Beleidigungen, die ich mir in meinem Job einhole, läuft genau darüber. Die Menschen treffen mit unterschiedlichen Bedürfnissen aufeinander, kommen meistens zu uns. Ich hatte erst gestern einen Fall, wo ich versucht habe, zu vermitteln, was mir nicht gelungen ist. Man sieht, wie viel Druck in der Bevölkerung besteht. Ich kann keine direkte Lösung nennen, außer das, was wir schon machen, ein Bewusstsein schaffen, immer wieder an die Menschen appellieren, warum schützen wir Flächen, warum teilen wir uns Flächen, warum sind unterschiedliche Interessen dar. Ich weiß nicht, wie man es anderweitig lösen kann.

Zum Thema Verkehrssicherung, Totholz: Das ist bei uns auch ein großes Problem. Frau Müller hat schon angesprochen, dass die Träger häufig auf den Kosten sitzenbleiben. Ich weiß, dass der LPV, also unser Träger, dieses Jahr enorm viel Geld für die Totholzsicherung in die Hand nehmen musste, was man häufig vielleicht auch vergisst. Wir haben unendlich viel Totholz von unserer Fläche holen müssen, weil wir für die Verkehrssicherung verantwortlich sind. Dieses Problem wird uns sicher weiter verfolgen.

Frau Müller hat schon etwas zur Finanzierung gesagt. – Zum Thema Frauen und Männer bei uns: Als ich angefangen habe, waren es sehr viele Frauen. Mittlerweile haben wir auch männliche Unterstützung. Ich habe das Gefühl, dass sich das gut aufweicht. Wir sind bei uns im Team divers aufgestellt. Ich sehe das aus meiner Perspektive nicht so, dass das nicht gut durchmischt ist.

Dann kam die Frage zum Thema Stundenaufteilung. Ja natürlich ist es so, dass die Mitarbeitenden bei mir im Team auch anderweitig beschäftigt sind. Ansonsten würde das gar nicht

funktionieren, hauptsächlich freiberuflich. Das ist für mich ein sehr großer organisatorischer Aufwand; das alles gut zu planen und zu setzen, frisst sehr viel Zeit. Ich möchte aber nicht auf die Vielfalt in meinem Team verzichten. Wir haben uns letztes Jahr wirklich gut aufgeteilt, wer für was verantwortlich ist, um effektiver zu arbeiten. Ich brauche die Anzahl der Mitarbeitenden in meinem Team. Aber natürlich, klar, es ist dadurch organisatorisch viel Aufwand.

Zu den Koordinierungsstellen, inwiefern diese Koordinierungsstellen uns helfen: Ich bin in einer Doppelfunktion, ich arbeite nicht nur für die Naturschutzstation Hahneberg, sondern auch für die Koordinierungsstelle Umweltbildung, was sehr viele tolle Vorteile hat. Die Koordinierungsstellen helfen den grünen Einrichtungen insofern sehr, weil sie vor allem auch kleine sichtbar machen. Berlin ist vom Angebot, was in Berlin besteht, unglaublich vielfältig. Ich bin immer wieder erstaunt, wie viele Menschen den Umweltkalender zum Beispiel noch nicht kennen. Auch das ist eine Aufgabe der Koordinierungsstellen, das sichtbarer zu machen. Es wird – ich vermute, dass das im Sommer online geht – eine grüne Karte geben, wo alle Umweltbildungseinrichtungen, aber auch Einzelakteure in Berlin sichtbar gemacht werden. Dafür sind die jeweiligen Koordinierungsstellen verantwortlich, auch in Zusammenarbeit mit der Stiftung Naturschutz Berlin, also im Umweltkalender, dass es keine Doppelungen gibt. So eine Karte besteht bis jetzt noch nicht. Ich freue mich riesig darauf, denn man kann eben verschiedene Filter nutzen und so auch kleinere Einrichtungen sichtbar machen.

Ich will noch einmal sagen, dass die Koordinierungsstellen keine Umweltbildungszentren sind. Umweltbildungszentren setzen die Umweltbildung um, um es einmal ganz kurz zu sagen und die Koordinierungsstellen – wie der Name schon sagt – koordinieren, verbinden diese, schaffen Synergien. Für Spandau kann ich sagen, dass wir schon ganz viele unterschiedliche Player zusammengebracht haben, nicht nur grüne Akteure, sondern auch Verwaltung, die Stadtbibliothek, wo ganz viele tolle Projekte entstehen und man dadurch Menschen vielleicht erreicht, die man vorher nicht erreicht hat.

Zum Thema Naturerleben: Das Schöne am Naturerleben ist, dass man vor allem die Natur braucht und gar nichts weiter großartig benötigt, gar nicht viele Hilfsmittel, sondern es geht wirklich darum, rauszugehen und Impulse zu setzen, damit Kinder genauer hinschauen und die Schönheit dieser Natur sehen. Ich kann das aber auch von Frau Müller bestätigten, dass alle Einrichtungen da wirklich sehr aktiv sind – zumindest das, was mir aufgefallen ist.

Ehrenamt, die Station – ich weiß nicht, ob ich das gut beantworten kann, denn wir sind eben eine junge Einrichtung. Wir werden immer bekannter. Deswegen steigt bei uns auch die Nachfrage nach Ehrenamt immer mehr, dass sich Leute eben engagieren wollen. Häufig kommt bei den Menschen, die sich engagieren wollen, das Leben dazwischen, und sie merken, dass sie zwar unglaublich viel Lust hätten, aber die Zeit dann doch weniger zur Verfügung steht, als sie sich das ursprünglich vorgenommen haben. Da möchte ich noch einmal den Bundesfreiwilligendienst und das FSJ ganz klar kennzeichnen. Diese Menschen, die das machen, bekommen nicht viel, und sie sind eine enorme Unterstützung. Wir haben zwei Bundesfreiwillige bei uns. Ohne die würden wir das gar nicht stemmen können, was wir machen. Das möchte ich auch noch einmal hervorheben.

Dann gab es das Thema Wissenstransfer, Wissensweitergabe. Was ich nicht gesagt habe, dass wir ein spezielles Projekt für Seniorinnen und Senioren bei uns haben. Das ist ein gezielt konzipiertes Konzept für Menschen, sowohl agil als auch nicht agil. Die sind unterschiedlich

konzipiert. Wir haben, bevor wir dieses Projekt angefangen haben – das ist in den letzten Jahren aus EU-Mitteln finanziert worden –, auch eine Analyse gemacht, was so der Bedarf ist. Viele Kitas und Schulen haben uns gespiegelt, dass sie eigentlich total gerne so Tandempatenschaften mit Seniorinnen und Senioren und so was haben wollen würden. Lustigerweise ist das auf der anderen Seite nicht so, dass die älteren Menschen das Bedürfnis haben, denn die sagen: Eigentlich sind wir ganz froh, dass wir nicht mehr so viel zu tun haben. Wir haben unsere Enkel und kommen da schon kaum hinterher. – Es ist gar nicht so leicht. Wir versuchen das immer wieder, aber so wie man sich das schön vorstellt, funktioniert es tatsächlich in der Umsetzung nicht so gut, was schade ist.

Dann noch ganz schnell zu den Kitas: Wir haben sehr viele Kitas, die zu uns kommen, mehr als Schulen. Ich vermute, dass das bei uns daran liegt, dass wir so gut mit dem öffentlichen Nahverkehr angeschlossen sind. Wir haben sehr viele Busse, die zu uns kommen. Das ist wirklich ein Problem bei manch anderer Einrichtung, dass beim Laufen mit diesen kleinen Beinen nicht so weite Strecken zurückgelegt werden können. Das funktioniert bei uns aber gut.

Dann noch zur Zuwendung, zur Förderung, was man vielleicht machen kann: Frau Müller hat schon das Problem angesprochen, dass wir immer nicht genau wissen, wie es weitergeht, ob wir weitergefördert werden, wann wir gefördert werden. Wir haben den Landschaftspflegeverband, der immer in Vorleistung geht, was wirklich nicht die Lösung ist. Aktuell ist da sehr viel Befürwortung auch beim LPV da, aber das muss nicht immer so bleiben. Insofern ist die Station auch sehr abhängig vom Wohlwollen des Vereins. Natürlich wäre es irgendwann toll, wenn sich die Naturschutzstation in die institutionell geförderten Einrichtungen einreihen könnte; ohne Frage ist das ein Wunsch.

Da komme ich zum Ausblick von Herrn Dr. Altuğ, die letzte Frage, was wir für Pläne haben. Ganz groß ist bei uns gerade das Thema Klimaanpassung und Klimaschutz. Wir haben aktuell auch eine Förderung beantragt, mal schauen, ob das klappt. Wir wollen die Station gerne auch da in die Zukunft bringen. Wir haben einen Klimaatlas oder eine Klimakarte für diesen Bereich auch in Zusammenarbeit mit der Klimaleitstelle in Spandau erarbeitet. Diese Region ist ein Hitzehotspot und enorm trocken. Deswegen müssen wir uns mit diesen Fragen beschäftigen. Der Traum ist, dass wir irgendwann ein Leuchtturmprojekt für Spandau werden, wo Menschen hinkommen und schauen können, wie Klimaanpassung, Klimaschutz funktionieren können und das mit dem Thema Bildung verbunden. Das ist so eine große Sache, der wir in den nächsten Jahren gerne nachgehen wollen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Kühn! – Jetzt kommen wir zur Stellungnahme des Senats. Ich habe Sie vorhin nicht darauf hingewiesen beziehungsweise nicht gefragt, weil ich die Ausführungen nicht unterbrechen wollte. Sie haben mitbekommen, dass wir die Sitzung automatisch, könnte man sagen, verlängert haben. Heute sind wir flexibel. Ich gehe davon aus, dass Sie nichts dagegen haben, was das betrifft. – Ja, wir tagen bis 12.30 Uhr. Jetzt erteile ich das Wort an Frau Staatssekretärin Behrendt für die Stellungnahme des Senats. – Bitte!

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU): Vielen Dank! – Ich werde mich relativ kurzfassen. Angesprochen wurde – ich glaube, von Ihnen, Herr Altuğ – die Frage, wie die Zusammenarbeit vor allem auch mit der Bildungsverwaltung und wie es mit unseren Plänen

für das Thema nachhaltige Umweltbildung und Bildung in Sachen Nachhaltigkeit aussieht. „Grün macht Schule“ wurde schon genannt. Da sind wir natürlich in enger koordinierender Funktion zusammen mit der Bildungsverwaltung. Wir haben das Bildungsleitbild für ein grünes und nachhaltiges Berlin, basierend auf dem Senatsbeschluss von 2022. Das wird natürlich in den Koordinierungsstellen umgesetzt, aber auch in den ganzen unterschiedlichen Bildungseinrichtungen, die wir haben, auch von Grün Berlin; ich nenne den Campus Stadtnatur.

Wir sind aber gerade dabei, das Thema Umweltbildung und Nachhaltigkeitsbildung weiter voranzutreiben, und zwar ist bei uns ganz neu der Masterplan Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bearbeitung. Der wird in einem Prozess, in dem alle Senatsverwaltungen einbezogen sind, erstellt. Die Ziele dieses Masterplans sind einmal Förderung Nachhaltigkeit, Förderung Biodiversität, Umwelt- und Klimathemen sollen in der Bildung vorangebracht werden. Ein Teil davon ist natürlich auch die Strategie für biologische Vielfalt.

Die Herausforderungen dabei sind, erst einmal zu erkennen, wie die Herausforderungen vor Ort in der Stadt sind. Die sind sicherlich von Bezirk zu Bezirk ganz unterschiedlich, auch zu sehen, welches Ressort, welche Verwaltung etwas dazu beitragen kann, damit wir zu einem größeren Angebot kommen. Die Bezirke werden natürlich auch beteiligt, als wichtige Player die Verbände und auch alle Akteure der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung. Insofern ist das ein ziemlich ehrgeiziges Ziel, was die Kolleginnen da gerade bearbeiten. Sie haben gesagt, dass wir das wahrscheinlich 2026 vorlegen können. Richtig? Ich will hier nichts Falsches versprechen! – Jedenfalls sind sie alle mit Feuer und Flamme dabei, und wir können vielleicht zwischendurch einen Zwischenstand berichten, damit Sie wissen, wo wir da stehen. – So viel zu dem Thema!

Dann wurde das Thema Nutzungskonflikte und Konkurrenzen im Wald angesprochen. Das ist natürlich ein wichtiges Thema, das ist ein ganz ernstes Haftungsthema, vor allem für die Förster vor Ort. Da muss man sagen, dass das ein Interessenskonflikt zwischen Sicherheit und Schutz des Waldes ist. Wenn man das Thema Verkehrssicherheit oder Verkehrssicherungspflichten so interpretiert, dass es im Wald für Fußgänger genauso sicher sein muss wie auf der Straße, haben wir bald keinen Wald mehr. Insofern sind wir über die neue Rechtsprechung des BGH ganz froh. Es gab am 21. September 2023 ein Urteil dazu, wo ganz klar gemacht wurde, dass unterschiedliche Maßstäbe an die Verkehrssicherungspflicht im Wald und auf der Straße anzulegen sind. Das war auch ein Teil meiner Anweisung an die Forsten, worüber wir heute am Anfang gesprochen haben, dass diese neue Rechtsprechung in den Forsten entsprechend auch zu berücksichtigen ist.

Dann wurde das Thema Naturerfahrung, ob das Teil der Umweltbildung sei, angesprochen. Ja, wir unterstützen als Senat auch Räume der Naturerfahrung und versuchen, pro Bezirk einen solchen Raum zu schaffen. Der neueste, den wir 2024 schaffen, ist der Naturerfahrungsraum Lichtenberger Herzberge.

Es wurde noch die Frage nach der Antwort auf die Schriftliche Anfrage gestellt. Ich glaube, dass das eher in dem Sinne gemeint war, dass wir sagen, dass wir keine eigenen Kenntnisse im Sinne von irgendwelchen Registern, wo die alle festgehalten sind, haben. Wir wissen natürlich – ich bin ja im Stiftungsrat der Stiftung Naturschutz –, dass es da alle möglichen Angebote gibt. Das war aber eher so zu verstehen, dass wir kein eigenes Register haben, wo man nachschauen kann, was wir Ihnen ausdrucken können und sagen, das gibt es. Insofern sind

wir auf die Kooperation mit allen Partnern angewiesen. Diese grüne Karte, die jetzt erstellt werden soll, ist sicherlich auch ein weiterer wichtiger Schritt, noch viel mehr Werbung für die Angebote, die es gibt, zu machen.

Thema Müll: Wenn der Wald genutzt wird, wird er leider auch vermüllt, das ist ja die Realität, die wir haben. Deswegen sind wir gerade dabei, die erste Änderung der Verordnung über die Reinigung von öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen umzusetzen. Da haben wir eine Senatorinnen- und Senatorenverordnung im Entwurf vorgelegt, die gerade mit den Senatsverwaltungen für Wirtschaft und für Finanzen abgestimmt wird. Die wird am 16. Mai auch in den Rat der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gehen und soll am 1. Juli in Kraft treten. Das Entscheidende dabei ist, dass wir mit der BSR die Reinigung von landeseigenen Waldflächen übernehmen und so die betroffenen Bezirke, aber auch die Forsten von dieser Aufgabe entlasten, damit wir den Wald müllfrei halten. Das ist sicherlich ein weiterer wichtiger Schritt zum Schutz des Waldes.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Behrendt! – Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen, unseren Anzuhörenden, im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben und wünsche Ihnen einen schönen Resttag! – Ich schlage vor, die Besprechung zu TOP 4 a und b zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht damit Einvernehmen? – Ich schaue die Ausschussmitglieder an; ich sehe Kopfnicken, dann verfahren wir so.

Punkt 5 der Tagesordnung (neu)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1205 **Asbestfreie Hauptstadt ist Ziel des Landes Berlin**	0122 UK StadtWohn(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung (neu)

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.